

Dokumentation der Präventionskonferenz

Kommunaler Präventionsrat Darmstadt

wirksam begegnen

2002 / Innere Sicherheit zwischen Rasterfahndung und Prävention

10 Jahre Kommunaler Präventionsrat Darmstadt
Erfolgreiche Präventionsstrategien für Darmstadt.

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



KPRd
Kommunaler
Präventionsrat
Darmstadt



Hinweis zum Erscheinungsbild

Der KPRd hat seit 2006 ein neues Erscheinungsbild. Aus diesem Grund wurden die Deckseiten der Dokumentationen aus den Jahren vor 2006 für die PDF-Versionen nachträglich angepasst, und entsprechen nicht den Originalen.

Der nachfolgende Inhalt wurde unverändert angefügt.

wirksam begegnen

KPRd

Kommunaler
Präventionsrat
Darmstadt

KPRd Geschäftsstelle
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt
Telefon (061 51) 13-2870
Telefax (061 51) 13-3474
kprd@darmstadt.de
www.kprd.de

KPRd
Kommunaler
Präventionsrat
Darmstadt

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kommunaler Präventionsrat Darmstadt (KPRD)

Redaktion:

Karl-Heinz Schupp
Frank Sporck
Frank P. Schröder

Fotos:

Dr. Wilma Mohr, Christian Laun

Kontakt:

Leitung und Geschäftsführung KPRD-Management

Dr. Wilma Mohr
Leiterin der Sozialverwaltung
Frankfurter Str. 71
64293 Darmstadt
Fon 0 61 51 - 13 34 75
Fax 0 61 51 - 13 34 74
E-Mail sozver@darmstadt.de

Frank Sporck
Geschäftsstelle des KPRD
Frankfurter Str. 71
64293 Darmstadt
Fon 0 61 51 – 13 28 70
Fax 0 61 51 – 13 34 74
E-Mail Frank.Sporck@darmstadt.de

Volker Weyel
Suchthilfekoordinator
Frankfurter Str. 71
64293 Darmstadt
Fon 0 61 51 – 13 31 98
Fax 0 61 51 – 13 34 74
E-Mail Volker.Weyel@darmstadt.de

1. Auflage:

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Grußwort: Polizeipräsident Rudolf Kilb	5
Referat „Rasterfahndung und Videoüberwachung – neue Prioritäten in der Kriminalpolitik nach dem 11. September?“ Prof. Dr. Jürgen Stock Abteilungspräsident Leiter des kriminalistischen Instituts im Bundeskriminalamt	7
Interviews Nachgefragt Darmstädter Initiativen, Organisationen und Projekte beantworten Fragen zu lokalen Präventionsstrategien	17
Ausstellung „Wir mischen uns ein“	21
10 Jahre KPRD Ein Resümee Dr. Wilma Mohr Leiterin KPRD-Management	22
Preisverleihung Sonderpreis verliehen durch den Förderverein Drogenhilfe e.V. anlässlich des 10-Jährigen Bestehens des KPRD	26
Kabarett Matthias Brodowy	29
K.O.B.R.A. übernimmt sich Wir spielen was wir können	29
Pressespiegel	30
Organigramm Kommunalen Präventionsrat Darmstadt (KPRD)	33
Dokumentation Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 23. Mai 2002 im Justus-Liebig-Haus Darmstadt	34

Inhaltsverzeichnis

Tagung des Landespräventionsrates Hessen am 23.05.2002	Seite
Grußwort: Stadträtin Daniela Wagner	35
Vorstellung des KPRD Dr. Wilma Mohr Leiterin der Sozialverwaltung	38
Vorträge AG Drogenhilfe Hans Morral-Schimo Polizeipräsidium Südhessen	44
Kontaktladen „scentral“ Dietmar Lange Leiter des Kontaktladens	48
AK Suchthilfe –legale Drogen- Caritasverband Darmstadt e.V.	54
Darmstädter Kampagne gegen Sucht Bedeutung des Themas für den Arbeitgeber Merck	57
Förderverein Drogenhilfe e.V.	59
Perspektiven	62
Grußwort Staatsminister Dr. Christean Wagner	63
Grußwort Prof. Dr. Iring Fetscher Vorsitzender des Landespräventionsrates	67
Gesprächskreis 1 – AG häusliche Gewalt Margit Brückner	69
Gesprächskreis 2 – Jugendkriminalität Dirk Friedrichs	70
Gesprächskreis 3 - „Vernetzung und Struktur der Präventionsarbeit in Hessen“ Dr. Helmut Fünfsinn Geschäftsführer des Landespräventionsrates	72
Presseinformation	73

Grußwort: Polizeipräsident Rudolf Kilb

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die heutige Veranstaltung zum 10-Jährigen Bestehen des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt ist eingebettet in die alljährliche Präventionskonferenz und hat das Thema „Innere Sicherheit zwischen Rasterfahndung und Kommunalen Prävention“. Wenn ich als einer der sogenannten Auftraggeber es heute übernommen habe, die Begrüßungsworte zu sprechen, so habe ich mir selbst eine etwas schwierige Aufgabe im Hinblick auf fachliche Aussagen gestellt. Denn einerseits haben wir einen hochqualifizierten Referenten, Herrn Professor Dr. Jürgen Stock, den ich sehr herzlich hier begrüße, der als Abteilungspräsident und Leiter des Kriminalistischen Instituts im Bundeskriminalamt sich mit den Fragen der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland an herausragender Stelle beschäftigt und andererseits mit den Ausführungen, welche wir erwarten dürfen, die Leiterin des Managements des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt, Frau Dr. Wilma Mohr, als Resümee 10-Jähriger Arbeit machen wird.



Lassen Sie mich zu dem fachlichen Teil der Begrüßung einige wenige Ausführungen machen. Der Referent unserer heutigen Veranstaltung, Herr Professor Stock, hat in seinem Buch „Vereint gegen Kriminalität“ in den Vorbemerkungen zwei Hauptaufgaben für Staat und Gesellschaft zur Bewältigung der Kriminalität gezeichnet. Einmal die Ermittlung und Bestrafung von Rechtsbrechern auf der einen und die Verhinderung von Straftaten auf der anderen Seite, und so ist es meines Erachtens richtig, in der extremen Ausformung beim heutigen Thema unserer Präventionskonferenz den Bogen zu spannen zwischen der Kommunalen Prävention und dem, was als ein Eingriff in die Grundrechte unserer Bürger gesehen wird, nämlich die Rasterfahndung. Vor Jahren schon ist die Einsicht gewachsen, dass der Kriminalitätsentwicklung mit den herkömmlichen eher repressiv ausgerichteten Strategien nicht wirksam begegnet werden kann und deshalb hat die Idee, der Gedanke der Vorbeugung, der sogenannten primären Prävention, auch immer stärker Eingang gefunden bei Staat und Gesellschaft. Die Diskussionen, die in Darmstadt hierzu geführt worden sind und auch zur Einrichtung dieses Präventionsrates geführt haben, sahen die Prävention als eine Kommunale Aufgabe und nur zu gern hat die Polizei in dieser Region von vornherein jegliche Unterstützung und Mitarbeit zugesagt. Mit Beginn der gemeinsamen Präventionsarbeit ist auch eine Veränderung in der Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit und Polizei einhergegangen. Jugendpfleger und Sozialarbeiter waren in vergangenen Jahrzehnten nicht Ansprechpartner für die Polizei und umgekehrt. Schwierig war es, gemeinsame Aktionen im Vorfeld strafbarer Handlungen zu planen und durchzuführen. Mit dem durch die Arbeit des Präventionsrates geförderte Gedanken, Kriminalität an der Wurzel anzugehen, Ursachen von Kriminalität in den Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu sehen, ging auch ein Wandel über die Bedeutung dieser Kommunalen Prävention im Polizeibereich einher.

In der Entwicklung ist in der Bundesrepublik und auch in Darmstadt gezeigt worden, wie diese gemeinsame Arbeit an der Basis doch erhebliche Früchte tragen kann und zum besseren konfliktfreieren Zusammenleben beiträgt.

In vielen Ländern unserer Republik – auch in Hessen – ist mittlerweile die Prävention zum gesetzlichen Auftrag sowohl für die Kommunen als auch für die Vollzugspolizei geworden. Kommunale Prävention, das darf ich formulieren, ist hier in Darmstadt zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Ich glaube auch feststellen zu dürfen, dass die Vollzugspolizei mit ihrer positiven Reputation in der Region und in der Gemeinsamkeit, als ein Auftraggeber des Kommunalen Präventionsrates in Darmstadt, mitentscheidend zum Aufbau dieses Kommunalen Präventionsrates und zur erfolgreichen Arbeit beitragen konnte.

Auch innerhalb der Polizei ist in dieser Zeit ein noch stärkeres Bewusstsein für das Zusammenwirken nicht nur mit dem Kommunalen Präventionsrat und dem Management entstanden, sondern auch etwas, was wir eine Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgern nennen. Auch innerhalb der Polizei ist das Bewusstsein für den Bürger als einen wichtigen Partner im Wirken gegen die Kriminalität gewachsen. Kriminalität kann nicht am Bürger vorbei bekämpft werden.

Diese Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass in dieser Region die Polizei sich in außerordentlichem Maße engagiert hat, um dem Bürger auch das Gefühl von mehr Sicherheit zu geben, auch durch besondere Einrichtungen wie die Einrichtung eines besonderen Bezirksdienstes, wo Polizeibeamte in Stadtvierteln ihren Dienst verrichten und andererseits auch in der Veränderung des Verhaltens im Umgang mit dem Bürger. So möchte ich auch hier ein Projekt erwähnen, das wir gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt durchgeführt haben, nämlich das Projekt „Professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen beim Polizeipräsidium“, das uns eine besondere Anerkennung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer im Themenfeld Bürgerorientierung gebracht hat und wo untersucht worden ist, durch wissenschaftliche Studien der Technischen Universität, wie sich das Verhalten des Beamten gegenüber dem Bürger gewandelt hat.

In unserer Republik gibt es viele Beweise dafür, wie durch Aktivitäten von Präventionsräten entscheidende Veränderungen in vielen Bereichen vorgenommen werden können. Ich wünsche mir für Darmstadt eine erhebliche Ausweitung der Projekte. Dies setzt allerdings voraus, dass der Kommunale Präventionsrat Darmstadt auch durch finanzielle Mittel noch besser in die Lage versetzt wird, Projekte aufzulegen und seine Arbeit professionell zu verrichten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich dem Management des KPRD sehr herzlich danken. In diesen Dank schließe ich auch alle Mitglieder, der Leitung, der Geschäftsführung und auch den Leiter der Geschäftsstelle des KRPD ein, der in den letzten Jahren eine wesentliche Stütze für die Koordination gewesen ist. Der Stadt Darmstadt und ihren Repräsentanten danke ich dafür, dass sie in all den Jahren als Initiatoren und Gesprächspartner aufgeschlossen, der Bedeutung des Präventionsrates gemäß, sich engagiert hat und haben.

Meines Erachtens ist die Bedeutung des Kommunalen Präventionsrates für diese Stadt in den vergangenen zehn Jahren immer mehr gewachsen und fordert auch zu

Überlegungen heraus, wie die Kriminalprävention in weiteren Bereichen bis hin zur Bauplanung Bedeutung erlangen und vernetzt werden kann.

Ich freue mich nunmehr auf die Ausführungen von Herrn Professor Dr. Stock und auf die heutige Veranstaltung insgesamt, und ich wünsche uns allen am Rande viele gute Gespräche. Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und den Ausrichtern danke ich für die Vorbereitung dieser Veranstaltung.

Rasterfahndung und Videoüberwachung neue Prioritäten in der Kriminalpolitik nach dem 11. September ?②

Prof. Dr. jur. Jürgen Stock¹
Abteilungspräsident
Leiter des kriminalistischen Instituts im
Bundeskriminalamt



1. Einführung

Kriminalität hat in den letzten Jahrzehnten, folgt man jedenfalls verbreiteter Medienberichterstattung, dramatisch zugenommen und damit auch die, spezifische Gefährdung des Einzelnen, also das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden.

Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden 1963 insgesamt noch 1,7 Mio. Fälle registriert, 2001 dagegen waren es rund 6,4 Mio., also etwa das 3,8 fache.

Nach einer vor allem in der Regenbogenpresse beliebten, weil dramatisierend wirkenden Darstellungsform, der sog. „Kriminalitätsuhr“, registrierte die Polizei in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr alle fünf Sekunden eine Straftat, alle vier Minuten einen Wohnungseinbruch und alle drei Stunden ein vorsätzliches Tötungsdelikt.

Von 1990 bis 1997 haben wir eine Zunahme der polizeilich erfassten Gewaltdelikte um knapp ein Drittel zu verzeichnen, seither in etwa Stagnation auf diesem Niveau.

Exzessive Gewaltdelikte scheinen gerade unter Jugendlichen rapide zuzunehmen, auch im Zusammenhang mit dem Tatort Schule. Die Ereignisse etwa in Meißen, Erfurt und jüngst in Waiblingen sind noch in frischer Erinnerung.

Aber auch die Gewalt an Kindern macht in ihrer wahrgenommenen Zunahme mehr und mehr besorgt. Der Fall „Julia“ im mittelhessischen Biebental wird uns durch die gestern begonnene Hauptverhandlung gegen den mutmaßlichen Täter gerade erst wieder in das Bewusstsein gerufen.

Allein diese Befunde könnten Besorgnis erregend genug sein, doch nun ist auch noch der 11. September dazu gekommen, d.h. eine weltweite, auch Deutschland betreffende Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, die die Sicherheitsorgane in der Bundesrepublik in bisher jedenfalls in dieser Ausprägung noch nicht bekannter Art herausfordert.

Deutschland zumindest als Ruhe- und Vorbereitungsraum für islamistische Terroristen, aber auch als mögliches Zielland für Attentate, so die Warnung des Chefs des Bundesnachrichtendienstes in dieser Woche, nach der es auch in Europa, auch in Deutschland terroristische Zellen gäbe, die in der Lage und willens seien, Anschläge in Deutschland vorzubereiten. Nicht vergessen werden darf, dass sich unter den Opfern der menschen-verachtenden Terroranschläge etwa in New York, auf Djerba und jüngst auf Bali zahlreiche deutsche Staatsbürger befunden haben.

Man könnte nach alledem zu dem Ergebnis kommen: Die Kriminalitäts- und Bedrohungssituation ist in der Tat insgesamt dramatisch, der Rechtsstaat massiv herausgefordert und die Bürgerinnen und Bürger gut beraten, ihre Sicherheit durch Investitionen, z.B. in Technik und vor allem durch Verhaltensänderungen zu gewährleisten. Sollten sie vielleicht etwa bestimmte Reiseziele meiden oder hierzulande bestimmte Örtlichkeiten zumindest zu bestimmten Zeiten nicht aufsuchen, das könnten aktuelle Fragen sein.

Doch machen wir uns vor einem allzu voreiligen Resümee vorsorglich auf die Suche nach vielleicht auch existenten positiven Nachrichten und Interpretationen gegenüber den eingangs erwähnten negativen Schlaglichtern, die die öffentliche Berichterstattung zumeist dominieren.

2. Zur Kriminalitätslage

Islamistischer Terrorismus

Zunächst noch mal zum islamistischen Terrorismus: Gegenwärtig gibt es in der Tat nach den Erkenntnislagen der Sicherheitsbehörden eine abstrakte Gefährdungssituation auch hier bei uns in Deutschland, ohne dass konkrete Hinweise auf konkrete Anschlagziele vorliegen würden.

Im Bundeskriminalamt und in anderen Behörden wird jedenfalls davon ausgegangen, dass die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus auch in den nächsten Jahren das beherrschende oder, je nach Aufgabenstellung, ein beherrschendes Thema bleiben wird.

Dies betrifft natürlich auch die Polizeien der Länder. Durch in eigener Zuständigkeit geführte Ermittlungsverfahren gegen Verdächtige, durch permanent durchzuführende Gefährdungsanalysen, durch umfangreiche Objektschutzmaßnahmen usw. werden auch die Länderdienststellen langfristig gebunden sein, was dazu führt, dass das hierfür benötigte Personal nicht in anderen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt werden kann.

Zur Sicherheitslage im Übrigen

Kriminalität

Unser aller Wahrnehmung wird - ob wir wollen oder nicht - zu einem nicht unmaßgeblichen Teil durch die mediale Darstellung geprägt. Diese mediale Verarbeitung von Ausschnitten der Lebenswirklichkeit konzentriert sich verständlicherweise vor allem auf spektakuläre, besonders erschreckende Einzelfälle und unterzieht sich auch nicht immer der Mühe, hinter die Zahlen zu blicken bzw. Experten blicken zu lassen, wie sie zum Beispiel die Polizeiliche Kriminalstatistik, kurz PKS, enthält. Diese Zahlen spiegeln höchstens ansatzweise die Verbrechenswirklichkeit wider. Daher hier einige relativierende Anmerkungen, die das bisher skizzierte düstere Gesamtbild tatsächlich etwas aufhellen dürften:

Die Zunahme der polizeilich registrierten Kriminalität beruht ganz weitgehend auf der Entwicklung im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte. Drei von vier PKS-Delikten gehören zu diesem Feld. Schwere, die körperliche Integrität der Bürgerinnen und Bürger besonders beeinträchtigende Straftaten sind – quantitativ vergleichend betrachtet - seltene Ereignisse. Auf Raub bzw. räuberische Erpressung entfielen 2001 ca. 1 % aller polizeilich registrierten Straftaten, auf Vergewaltigung bzw. sexuelle Nötigung 0,1 %, auf Mord und Totschlag 0,05 %.

In den letzten drei Jahrzehnten hat weder die Opfergefährdung durch Vergewaltigung bzw. sexuelle Nötigung noch durch Mord und Totschlag zugenommen.

Anders ausgedrückt: Im vergangenen Jahr wurde von 100.000 Einwohnern einer Opfer eines vollendeten vorsätzlichen Tötungsdeliktes, von 100.000 Frauen wurden 13 Opfer einer vollendeten Vergewaltigung bzw. sexuellen Nötigung. Deutschland liegt hier im internationalen Vergleich im unteren bzw. mittleren Feld der statistischen Gefährdung.

Im Jahr 2001 wurden etwa 7,6 mal so viele Personen durch Straßenverkehrsunfälle getötet wie durch ein vorsätzliches Tötungsdelikt, um diesen Vergleich heranzuziehen.

Beachtung verdient auch, dass vollendete Sexualmorde an Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden nicht etwa gestiegen, sondern seit Anfang der 70er Jahre um etwa zwei Drittel zurückgegangen sind.

In der Zeit von 1990 bis 1997 haben wir allerdings eine Zunahme der polizeilich registrierten Gewaltbelastung um knapp ein Drittel zu verzeichnen; seitdem sind die Häufigkeitszahlen wieder relativ konstant. Dieser Anstieg beruht vor allem darauf, dass die Zahl der Raubdelikte zwischen 1980 und 1997 um etwa das Doppelte zugenommen hat. Für die letzten Jahre ist hier allerdings ein Rückgang zu verzeichnen.

Es gibt deutliche Hinweise aus aktuellen Forschungsarbeiten, dass der insgesamt eingetretene Anstieg der registrierten Gewaltkriminalität *auch* also nicht nur auf einer Zunahme der Anzeigebereitschaft der Gewaltopfer beruht. Diese bzw. ihre Angehörigen, zumeist die Eltern, dürften heute eher bereit sein, einen entsprechenden Vorfall bei der Polizei anzuzeigen, der früher den Behörden nicht mitgeteilt und vielleicht informell bearbeitet wurde.

Die Eltern sind hier deswegen zu erwähnen, weil der Anstieg der Gewaltkriminalität primär zu Lasten junger Menschen gegangen ist. Vor allem die Opferraten der Jugendlichen und Heranwachsenden haben überproportional zugenommen, während bei den Erwachsenen nur ein moderater Anstieg zu verzeichnen ist.

Die Zunahme der Jugendgewalt steht nach verdienstvollen Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in engem Zusammenhang damit, dass sich in unserer Gesellschaft immer stärker eine Winner-Loser-Kultur entwickelt, in der vor allem junge Migranten besonders leicht ins soziale Abseits geraten.

Die steigenden Zahlen bei Gewaltdelikten sind überwiegend jenen jungen Migranten zuzurechnen, die sozial nicht integriert werden konnten. Dabei wird eine besondere Problemgruppe durch solche jungen Zuwanderer gebildet, die seit längerem in Deutschland unter Bedingungen sozialer Benachteiligung leben.

Wir können weiter feststellen, dass wir beim Thema Jugendgewalt mit dem entsprechenden weiblichen Anteil der Bevölkerung so gut wie kein Problem haben. Jugendgewalt ist männlich. Das gilt sowohl für die Täter als auch für die Opfer. Auch bei Selbstmordattentätern und Amokläufern handelt es sich fast durchweg um Männer.

Dabei scheint ein Zusammenhang sehr deutlich zu sein: Jugendliche, die in ihrer Kindheit, aber auch als Jugendliche, von Eltern massiv geschlagen wurden, werden erheblich häufiger selbst gewalttätig als nicht geschlagene junge Menschen.

Insgesamt erhöht sich das Risiko der Entstehung von Jugendgewalt drastisch, wenn mindestens zwei der folgenden drei Faktoren zusammen kommen:

- die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt;
- gravierende soziale Benachteiligung der Familie;
- schlechte Zukunftschancen des Jugendlichen selbst aufgrund niedrigen Bildungsniveaus.

Jugendkriminalität ist darüber hinaus ein stabiles 5 %-Problem, d.h. 5 % der Jugendlichen sind für 50 % der erfassten Straftaten verantwortlich. Zwar begehen die meisten Jugendlichen einmal oder mehrmals Straftaten. Im Regelfall handelt es sich aber um jugendtypische, bagatell- und episodenhafte Delinquenz, die spätestens im frühen Erwachsenenalter - ohne staatliche Intervention, weil die Täter zumeist unentdeckt bleiben - endet.

Die kleine Gruppe der jugendlichen Intensivtäter hingegen ist im Regelfall gekennzeichnet durch das Zusammentreffen zahlreicher Risikofaktoren und durch zumeist früh einsetzende psychosoziale Auffälligkeiten.

Schulen sind nach allem, was wir aus der Forschung wissen, keine Horte der Gewalt. Studien zeigen, dass hauptsächlich leichtere Aggressionen im schulischen Bereich dominieren, während schwere physische Aggressionen eher eine Ausnahme darstellen.

So weit diese relativierenden Daten mit einigen bedeutsamen Anmerkungen zu den Entstehungsbedingungen von Kriminalität.

Wie stellt sich die Situation bei der Kriminalitätsbekämpfung dar?

Kriminalitätsbekämpfung

Zunächst zum Bereich der Verbrechensvorbeugung. Sicher kann man hier ohne Übertreibung von einem Siegeszug sprechen, seit 1990 in Schleswig-Holstein der erste landesweite Präventionsrat gegründet wurde.

Auch hierzulande hat sich die Überzeugung ausgebreitet, dass einer Abschreckung durch Polizei, verschärftes Strafrecht und individuelle Strafsanktion, so unverzichtbar sie auch sein mögen, eine eher begrenzte Wirkung zukommt und damit der Vorbeugung ein stärkeres Gewicht beigemessen werden muss.

Gleichzeitig haben sich die Kommunen mehr und mehr wieder darauf besonnen, dass Kriminalitätsbekämpfung nicht nur eine Aufgabe von Polizei und Justiz, sondern eine ganz wesentliche der kommunalen Selbstverwaltung ist. Der Begriff von der „Kriminalitätsbekämpfung als Bürgermeisterpflicht“ ist wieder belebt worden.

Inzwischen sind im Infopool Prävention des BKA, einer auch im Internet auf der Homepage der Behörde (www.bka.de) abrufbaren Informationssammlung zu nationalen und internationalen Präventionsprogrammen und aktuellen, über 1700 kommunale Präventionsgremien in Deutschland erfasst; die tatsächliche Zahl dürfte noch weit höher liegen.

Es gibt kaum einen Kriminalitätsbereich, der durch diese Gremien nicht abgedeckt wäre; die aktuelle Projektsammlung des BKA beeindruckt: Sie enthält etwa die Themenbereiche Drogen und Sucht, Primärprävention bei Kindern, Opferhilfe/Opferschutz, Sexueller Missbrauch, Städtebauliche Prävention, auf Kriminalitätsvermeidung zielende Integrationsprogramme für Aussiedler, Straftaten gegen Senioren, Zeugen- und Helferverhalten und so weiter. Den Schwerpunkt bilden Projekte zur Bekämpfung der Gewalt- und Jugendkriminalität.

Ergänzt werden diese kommunalen Gremien in den meisten Bundesländern – so auch in Hessen – durch Landespräventionsräte, die regionenübergreifend eine informierende und koordinierende Rolle einnehmen sollen.

Eine in dieser Struktur bedeutsame Lücke in Deutschland ist endlich im vergangenen Jahr mit der Gründung der Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention“ (DFK)

geschlossen worden, die sich die Aufgabe gestellt hat, gewissermaßen als Kristallisationspunkt ein Denkkern für Kriminalprävention zu sein, auf strategischer Ebene Wissen zu vermitteln, eine Quasi-Dachorganisation für die Vielzahl der kommunalen und regionalen kriminalpräventiven Räte, Gesprächskreise und Partnerschaften zu sein und zugleich Andockstelle für wissenschaftliche Stellen. Das DFK will damit Mittler und Vermittler, nicht aber konkret der Initiator in den Ländern sein.

International wurde mit der Einrichtung des European Crime Prevention Network (EUCPN) ein wichtiger Schritt gegangen, das auf der Grundlage eines Beschlusses der Justiz- und Innenminister im Mai 2001 eingerichtet worden ist. Hier soll es u.a. darum gehen, von den Erfahrungen der Mitgliedstaaten im Sinne einer „best practice“ zu lernen. Die dahinter stehende Idee ist einleuchtend: Ähnliche oder gleiche Probleme verlangen vergleichbare Lösungen und nicht jeder muss das berühmte Rad neu erfinden. Ein Gedanke, der auch dem Infopool des BKA zu Grunde liegt.

Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung gibt es nach wie vor viel zu tun. Der Stellenwert der Kriminalprävention ist vielerorts noch nicht stark entwickelt, jedenfalls wenn man es am eingesetzten Personal und Geld bemisst. Dies trifft auch für die Polizei zu, die nach einer jüngeren Untersuchung nur etwa 2 % ihrer Zeit für Prävention investiert.

Bürgerinnen und Bürger sind andererseits, das zeigt eine aktuelle Studie auf, gar nicht einfach zu erreichen durch kriminalpräventive Botschaften. Dies ändert sich erst bei individueller unmittelbarer oder mittelbarer Betroffenheit.

Wie sieht es im Bereich der Repression aus? Sie dominiert hierzulande faktisch nach wie vor. Einer energischeren Strafverfolgung, schärferen Gesetzen und härteren Strafen scheint man weit verbreitet eher die „big points“ in der Kriminalpolitik zuzutrauen. Dies gilt auch für die kommunale Ebene, wo z.B. Gefahrenabwehrverordnungen als Instrument wieder entdeckt wurden, unerwünschte, aber noch nicht strafbare Verhaltensweisen im öffentlichen Raum zu unterbinden. Damit einher ging allgemein das Widererstarken der öffentlichen Ordnung als schützenswertes Gut.

Hintergrund dieser Entwicklung insgesamt scheint gesellschaftlich das Ausklingen einer Beile Epoque mit dem Widererstarken eines neuen Konservativismus zu sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, einen höheren Preis für ihre Sicherheit zu zahlen. Dies dürfte u.a. in der überwiegenden Zustimmung zu schärferen Gesetzen und Instrumenten wie der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes zum Ausdruck kommen.

Dennoch kann man folgendes Zwischenfazit ziehen: Deutschland ist trotz der abstrakt vorhandenen Terrorgefahr ein im internationalen Vergleich sicheres Land.

Angesichts der Relativität von Sicherheit und ihrer faktischen Nicht-Erreichbarkeit sollte man übrigens eher von Risiko und Risikominimierung sprechen. Dies ist nicht nur ein rein akademischer Gedanke, sondern diese Begrifflichkeit im Sinne rationaler Kriminalpolitik würde deutlich machen, dass es einerseits keine Königswege und Wundermittel gibt und andererseits Maßnahmen auch dann erfolgreich sein können, wenn sie ein Risiko zwar nicht ausschalten, aber wenigstens ein Stück weit mindern

können. Hier sind die Ansprüche auch an manches Präventionsprojekt einfach zu hoch geschraubt.

3. Entwicklungslinien einer künftigen Kriminalpolitik zwischen Prävention und Rasterfahndung

Was ist nach alledem zu tun, wie könnte eine zukünftige Richtung aussehen? Zunächst soll deutlich geworden seien, dass wir als Grundlage einer rationalen Kriminalpolitik gerade in der Mediengesellschaft eine regelmäßige Situationsanalyse mittels sozialwissenschaftlicher Forschung brauchen, und zwar auf verschiedenen Ebenen und insbesondere auch der kommunalen. Ansonsten laufen wir Gefahr, Kriminalpolitik im Blindflug zu betreiben, wie dies jüngst ein scharfzüngiger Kritiker beschrieben hat.

Auf der Ebene des Bundes ist die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode diesen wichtigen Schritt gegangen mit dem Ersten Periodischen Sicherheitsbericht, der von einem unabhängigen Wissenschaftlerteam im Zusammenwirken mit dem Statistischen Bundesamt, der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden und dem BKA erstellt wurde und der - und dies erscheint unverzichtbar - in regelmäßigen Intervallen neu aufgelegt werden soll.

Auf der Ebene der Kommunen ist dieses Instrument der möglichst wirklichkeitsnahen Darstellung der Kriminalitätsrate die sogenannte Kriminologische Regionalanalyse. Sie muss neben den polizeilichen und justiziellen Zahlen auch Befragungsdaten der Bevölkerung etwa zu Opfererfahrungen, zum Anzeigeverhalten und zum Sicherheitsgefühl oder zur Einstellung zur Polizei und sozio-ökonomische Informationen der untersuchten Region enthalten. Erst dann erhalten wir ein der Lebenswirklichkeit zuverlässiger angenähertes Bild der Kriminalität und ihrer Entstehungsbedingungen.

Darüber hinaus muss das strategische Ziel einer neuen Kriminalpolitik die weitere Vernetzung der formellen und informellen Sicherheitsakteure auf lokaler und überörtlicher Ebene sein. Die herausragende Bedeutung dieses Ziels ergibt sich, einfach formuliert aus der kriminologischen Erkenntnis, dass die Entstehung des Rechtsbruchs in der Persönlichkeit des Täters ein komplexer Prozess ist, der von einem komplexen sozialen Umfeld beeinflusst wird und dem in der Konsequenz auch mit der größten Aussicht auf Erfolg in einem Zusammenwirken der potentiellen Akteure in ihrem jeweiligen sachlichen und örtlichen Einflussbereich begegnet werden kann.

Diesem Vernetzungsgedanken folgen etwa Projekte, bei denen Kriminalitätsverringerung in einem definierten Raum nur eines unter mehreren Zielen im Rahmen der Steigerung der Lebensqualität ist wie beispielsweise das 1999 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gemeinsam mit den Ländern aufgelegte Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“.

In der Vergangenheit sind überaus wichtige und erfolgversprechende Kooperationen von Institutionen und Akteuren geschaffen worden, die noch vor einigen Jahren aufgrund abgesteckter Aufgabenfelder, tatsächlicher oder vermeintlicher rechtlicher

Beschränkungen und jeweiliger Berufsverständnisse nur schwer denkbar waren. Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit.

Wir sollten uns auch Gedanken machen über eine Weiterentwicklung dieser vielerorts noch recht informellen, manchmal zufälligen und auf einer Affinität der handelnden Akteure beruhenden Kooperation. Auf der nationalen und internationalen Ebene wird derzeit vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohung ein „erweiterter Sicherheitsbegriff“ diskutiert. Nichts anderes als einen solchen „erweiterten Sicherheitsbegriff“ brauchen wir auch auf der kommunalen Ebene. Kriminalitätsentwicklung und innere Sicherheit können heute nicht mehr losgelöst von übrigen Fragen etwa der sozialen Sicherheit und der hier Handelnden gesehen werden.

Auf jeden Fall bedarf es einer stärkeren Problemorientierung statt der vielerorts noch dominierenden Ressortorientierung. Das bedeutet eine ressortübergreifende Analyse der bestehenden Problemlagen mit der sich anschließend stellenden Frage, welcher Akteur in einem abgestimmten und verzahnenden Konzept welchen Beitrag zur Problemlösung erbringen kann. Das betrifft übergreifende Problemlagen ebenso wie erhebliche individuelle Konflikte zum Beispiel auf dem Schulhof.

Wenn Kriminalprävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, und dies ist heutzutage unstrittig, benötigen wir ein Mehr an formeller Koordination der einzelnen Akteure. Kriminalpräventive Gremien sind hier in ihrer häufig begrenzten Reichweite und begrenzten Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit, in ihrer organisatorischen Fragilität vielleicht nur ein erster Schritt, dem ein zweiter im Sinne von mehr Formalisierung, Stetigkeit, Hauptamtlichkeit und Konzeptorientierung folgen müsste. Als weiteren Schritt brauchen wir eine Kultur der Evaluierung, d.h. die positiven und ggf. negativen Auswirkungen eines neuen Gesetzes oder einer neuen Maßnahme, eines Projektes vor Ort, wie z.B. einer Videoüberwachung eines Kriminalitätsbrennpunkts, müssen so weit wie möglich in ihrer tatsächlichen Wirkung überprüft werden. Oft genug noch wird die bloße Durchführung einer Maßnahme bereits als Erfolg „verkauft“ und von der Öffentlichkeit als solcher akzeptiert. Vorbildcharakter haben hier die angelsächsischen Länder mit einer anderen Kultur der Wirkungsmessung: Wenn eine Maßnahme nicht nach angemessener Zeit ihren Erfolg nachweist, wird sie eingestellt. Das sollte im Grundsatz auch bei uns handlungsleitend sein.

Die Stadt Düsseldorf z.B. hat mit einer in Auftrag gegebenen Wirkungsstudie diesen Weg konsequent beschritten. Nach den Erkenntnissen dieser Studie sollte kommunale Prävention von Straftaten spezifische Kriminalprävention sein, die sich in ein Fünf-Punkte-Programm fassen lässt:

- a) Gemeinschafts- und institutionenbezogene Thematisierung von Straftaten, ihre strikte Aufdeckung und Verfolgung unter Einbeziehung aller Betroffenen sowie der Opferunterstützung und Bemühungen um eine möglichst integrierende Sanktion vor allem in klar abgegrenzten Institutionen wie Kindergarten, Schule, Nachbarschaft, Verein usw.

In diesem Zusammenhang sind z.B. aktuelle Forschungsergebnisse aus Münster sehr ermutigend, nach denen sich etwa Schülerinnen und Schüler bei Auseinandersetzungen und Kriminalität an Schulen einerseits ein striktes

Eingreifen der Lehrer wünschen und andererseits eine derartige Kultur des Hinschauens von der Lehrern – entgegen mancher Vorurteile – auch tatsächlich praktiziert wird.

In dem hier beschriebenen Sinne vorbildlich sind auch zwischen Polizei und Kommune abgestimmte Handlungskonzepte in Fällen familiärer Gewalt; ein Feld, dem noch vor einigen Jahren mit großer behördlicher Zurückhaltung und Unsicherheit begegnet wurde, dessen Bedeutung aber durch meine eingangs dargelegten Befunde zur Jugendgewalt unterstrichen worden ist.

- b) Wichtig ist eine problemorientierte Kontrolle der Kriminalität in unterschiedlichen sozialen Räumen der Gemeinde im Zusammenwirken mit Bürgern, Polizei und Sozialeinrichtungen, ggf. auch mit einer weiteren Dezentralisierung von Präventionsräten.

Gerade die Bürgerbeteiligung ist hier ein entscheidendes Moment, nachdem in den letzten zehn Jahren das Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu einem Leitbegriff der Sicherheitspolitik geworden ist und diese in den Gemeinden immer häufiger zu ihren Ansichten, Ängsten und Wünschen die innere Sicherheit betreffend befragt und zur Mitarbeit in entsprechenden Gremien animiert werden.

- c) Auch die im Titel dieses Beitrags erwähnte Videoüberwachung besonders kriminalitätsbedrohter Räume kann ein wirksames Mittel gegen Kriminalität und Kriminalitätsangst sein. Gerade in diesem Bereich der technischen Prävention dürften in den nächsten Jahren weitere innovative Verfahren zu erwarten sein. Ein Feld ist die Biometrie, an deren Einsatz auch im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung derzeit intensiv gearbeitet wird.
- d) Wir brauchen eine frühe und intensive Förderung von Kindern und Jugendlichen in sog. Problemfamilien mit Überlegungen zu einem Mentoren- oder Pflegefamilienprogramm.
- e) Schließlich benötigen wir spezifische Behandlungsangebote für kriminalitätsbezogene Problemgruppen wie Gewalttäter, Rechtsextreme, Drogenabhängige und so weiter.

Ebenfalls im Sinne eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ ist hinzuzufügen, dass auf den verschiedenen Ebenen der Sicherheitspolitik, also auch auf der kommunalen, „Frühwarnsysteme“ konzipiert werden müssen. Auch hier schließt sich ein Kreis z.B. mit Lageanalysen und einer Kultur des Hinschauens. Regionenbezogenen müssen allgemeine und individuelle Risikofaktoren ermittelt und in Handlungskonzepten überführt werden.

Schule schwänzen zum Beispiel kann ein solches Frühwarnsymptom einer dissozialen Entwicklung sein. Aber auch hier wird es des Zusammenwirkens verschiedener Akteure um einen Jugendlichen herum bedürfen, um „echte“ Frühwarnzeichen von nicht weiter Besorgnis erregendem jugendtümlichen Verhalten unterscheiden zu können.

Dies schließt auch eine weitere Professionalisierung und ggf. auch Spezialisierung der Sicherheitsakteure mit ein. Die weitestgehend neuen professionellen Akteure der

Kriminalprävention auf kommunaler Ebene benötigen ein entsprechendes Berufsfeld. Der professionelle Präventionsmanager oder Quartiermanager, der Manager für mehr Lebensqualität, der auch für die allgemeine Prävention gegen Vandalismus und für weniger Kriminalitätsangst zuständig ist, müsste - neben seiner stadtplanerischen Kompetenz - ein kriminologisch, sozialpädagogisch, betriebswirtschaftlich und technisch versierter Kommunikator sein, der Netzwerke flechten und Menschen zu ehrenamtlicher Tätigkeit in ihren Stadtteilen begeistern kann; viel verlangt, aber eine Bedarfslage der Gegenwart.

Zu denken ist hier z.B. an Lehrer, die eben, ohne den Familien alle Arbeit abzunehmen, auch professionelle Konfliktschlichter und Berater in kritischen Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen sein müssen; zu denken ist an das Thema „Elternschule“ angesichts der Bedeutung der Profession „Erzieher“ für die Kriminalitätsverhütung.

Dabei ist klar, dass auch der Euro - wie die alte Mark - nur ein Mal verteilt werden kann. Aber gerade auf den angedeuteten Prinzipien beruhende Sicherheitspolitik ist in der Lage, Schwerpunkte so zu setzen und begrenzte Ressourcen so zuzuweisen, dass die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger spürbar verbessert wird oder erhalten bleibt.

Zwischen Videoüberwachung und Rasterfahndung nach islamistischen „Schläfern“ auf der einen Seite und der Kriminalitätsverhütung in Familien, Schulen, Vereinen usw. auf der anderen Seite darf es nach alledem kein Entweder-Oder geben, sondern wir brauchen ein Sowohl-als-auch und zwar an vielen Stellen abgestimmt und vernetzt.

All die genannten Felder bedürfen unserer Aufmerksamkeit, denn letztlich ist eine gute Kriminalpolitik auch eine gute Sozialpolitik, oder, wie es Franz von Liszt um die vorletzte Jahrhundertwende formulierte, eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.

1 Verfasser ist Mitglied des Instituts für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen und im Hauptamt Leiter des Kriminalistischen Instituts im Bundeskriminalamt.

2 Vortrag gehalten im Rahmen der Präventionskonferenz 2002 des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt am 7. November 2002; Literatur beim Verfasser.

Interviews

Nachgefragt

Darmstädter Initiativen, Organisationen und Projekte beantworten Fragen zu lokalen Präventionsstrategien

Uwe Walzel

Jugendkoordinator des Polizeipräsidiums Südhessen
Anti-Gewalt-Projekt

Polizeiliche Jugendarbeit und Jugendkoordination
im Polizeipräsidium Südhessen



Unter polizeilicher Jugendarbeit sind alle Maßnahmen zu verstehen, die im Zusammenhang mit Jugendkriminalität und Jugendgefährdung getroffen werden.

Handelt es sich bei der strafbaren Handlung eines Kindes, Jugendlichen oder Heranwachsenden, um jugendtypisches abweichendes Verhalten oder um den Beginn einer kriminellen Karriere? Die ganzheitliche Betrachtung ist entscheidend, um dem Anspruch des Jugendstrafrechts, Erziehung vor Strafe, gerecht zu werden. Diese Zielsetzung erfordert unterschiedliches Agieren und Reagieren aller Institutionen, damit delinquentes (=straffälliges) Verhalten nicht verinnerlicht wird. Eine wichtige Rolle kommt hier auch den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der Dienststellen zu, unabhängig davon, ob sie in der Jugendsachbearbeitung ausgebildet sind oder nicht.

Jugendschutzstreifen, die von den Dienststellen in eigener Zuständigkeit, bzw. in Absprache mit den Jugendkoordinatorinnen und Jugendkoordinatoren durchgeführt werden, sind im weitesten Sinne ebenfalls der polizeilichen Jugendarbeit zuzurechnen.

Um der Entwicklung der Straftaten junger Menschen wirksam zu begegnen und den Besonderheiten der Präventionsarbeit gerecht zu werden, wurde in Hessen vor rund 20 Jahren schrittweise der Arbeitsbereich Jugendkoordination aufgebaut.

Mittlerweile ist für fast alle Direktionsbereiche der hessischen Polizei dieser Arbeitsbereich durch entsprechend qualifizierte Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten abgedeckt, die als verlässliche Partner innerhalb regionaler präventiver Netzwerke angesehen sind. Die Unterstützung und Kooperation mit Schulämtern, Kindergärten, Beratungsstellen und anderen Institutionen der Jugendhilfe sowie Vereinen gehören neben der Mitwirkung in Gremien zu den wesentlichen Bestandteilen der täglichen Arbeit. Ein Schwerpunkt liegt in der Zusammenarbeit mit Schulen:

Lehrerfortbildung

Schülerprojekte

Elternarbeit

Beratungsgespräche

Je nach Region werden Antigewaltprojekte, Unterrichtseinheiten zur Sucht- und Drogenprävention begleitet. Es stehen unterschiedliche Medien (Broschüren, CD-ROM, Videokassetten) für die Zielgruppen zur Verfügung.

Das Beratungs- und Unterstützungsangebot der Jugendkoordinatorinnen und Jugendkoordinatoren der hessischen Polizei ist selbstverständlich kostenlos.

Kontakt:

Kriminalhauptkommissar Uwe Walzel
Jugendkoordinator und Beauftragter für die polizeiliche Drogenprävention
Klappacher Straße 145
64285 Darmstadt
06151/969-2420
FAX 06151/969-2415

Hasan Tatligün

Ausländerbeauftragter des Polizeipräsidiums Südhessen
Konflikte in Migrantenfamilien/Ursachen und Konsequenzen
für die Betroffenen



Zu dem Thema: Konflikte in Migrantenfamilien:
Ursachen und Konsequenzen für die Betroffenen:

- In erster Linie die Migranten türkischer Herkunft als KlientenKonflikte zwischen Generationen mit ihren allen Facetten stehen hier im Mittelpunkt.
- Die Ursachen der Konflikte in Migrantenfamilien basieren in erster Linie auf Meinungsverschiedenheiten unter den Familienangehörigen; unter den Ehepartnern bzw. zwischen den Kindern und den Eltern, wenn es um schulische oder berufliche Aus-Bildung, Freizeitgestaltung und Zukunftsplanung der Kinder geht.
- Umgang mit den herkömmlichen Geflogenheiten bzw. Wertmaßstäben von Einzelnen – hierbei gehen die Meinungen der Betroffenen weit auseinander.....
Eine Ursache ist: Der strukturelle Wandel im Bereich der Familienkonstellation und der Umgang der einzelnen Familienmitglieder damit.
- Der strukturelle Wandel im Bereich der Familienkonstellation verschärft den permanent vorhandenen klassischen Familienkonflikt bei den Migrantenfamilien zusätzlich. Grund für Auseinandersetzungen zwischen Familienmitgliedern ist zum größten Teil die Tatsache, dass Eltern Entscheidungen ohne Rücksicht auf die Bedürfnissen ihrer Kinder treffen. Somit sind langfristige Konflikte zwischen Eltern und ihren Kinder für kommende Jahre vorprogrammiert.
- Dabei zu berücksichtigen sind (für Fachleute):
 - Die unterschiedlicher sozio-kulturellen Einprägungen der einzelnen Familienmitglieder / teilweise in dem Herkunftsland
 - Angst vor Identitätsverlust der jungen Generationsangehörigen (die Reaktion der Eltern auf die Lebensvorstellung der jungen Generation,

die in der BRD geboren worden sind. („Zusammenprall zweier Pole“)).

- Zukünftige Lebensplanung und Lebensvorstellungen von den jungen und älteren Generationen / Meinungsverschiedenheiten
- Sozialisation der einzelnen Ehepartner unter völlig unterschiedlichen Bedingungen und sozio-kulturellen Gegebenheiten
- Aufklärung über die rechtlichen Möglichkeiten in dieser Gesellschaft
- Rechtliche Konsequenzen für den Ehepartner (eventuell auch finanziell)

Interview mit Herrn Marasli vom Ausländerbeirat Darmstadt

Frage:

Herr Marasli, Sie sind Mitglied des Ausländerbeirates Darmstadt. Könnten Sie uns erklären, was ein Ausländerbeirat ist und welche Befugnisse er hat?



Marasli:

Die rechtliche Grundlage für den Ausländerbeirat ist die Hessische Gemeindeordnung (HGO). Darin ist geregelt, dass jede Kommune, in der über 1.000 nicht-deutsche Einwohnerinnen und Einwohner leben, diese einen Ausländerbeirat wählen.

Der Ausländerbeirat hat die Aufgabe, die Gemeindeorgane zu beraten und dabei die Interessen der nicht-deutschen Einwohnerinnen und Einwohner zu vertreten. Der Magistrat ist verpflichtet, den Ausländerbeirat über alles zu unterrichten, was zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendig ist. In den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung hat der Ausländerbeirat ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht.

Frage:

Wer sitzt im Ausländerbeirat und was genau tun Sie?

Marasli:

Im Ausländerbeirat sitzen insgesamt 20 Vertreter und Vertreterinnen von fünf verschiedenen Listen, die von den Migranten-Vereinen aufgestellt werden.

Er arbeitet mit den Gemeindeorganen und der Verwaltung zusammen und steht in ständigem Kontakt mit den Fraktionen, politischen Parteien, sozialen Organisationen und Migrantenvereinen. Der Ausländerbeirat setzt sich u.a. für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Nicht-Deutschen und Deutschen und gegen Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt ein.

Der Ausländerbeirat befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen „Ältere Migrant/Innen“ und „Migrantenkinder an Darmstädter Schulen“. Die Arbeitsgruppe ÄMID setzt sich zusammen aus Fachkräften der Seniorenarbeit und befasst sich mit

Themen wie dem Altenhilfeplan oder führt kulturelle Veranstaltungen für ältere MigrantInnen durch.

Die Arbeitsgruppe „Schule“ befasst sich mit der Situation von Migrantenkindern und fördert z.B. Deutschkurse für Seiteneinsteiger oder die Verbesserung des Kontaktes zwischen Schule und Migranteneltern.

Daneben fördert der Ausländerbeirat die sozialen und kulturellen Aktivitäten der nicht-deutschen Gruppen.

Maria-Antonia Estol
Mornewegschule
Projekt „Alltäglicher Rassismus“



Nicola Matheis
Paola Banfi
Magnolya e.V.
Projekte für Migrantinnen: Sprachliche Integration

kein Bild
vorhanden

Nicola Benn-Wesp
Vorstellung der „Dekade zur
Überwindung von Gewalt“



Maria-Antonia Estol
Interreligiöser Dialog (Arbeitstitel)

kein Bild
vorhanden

Andreas Gompf
Vorstellung eines Fan-Projektes



Dr. Patricia Latorre
Ausländerbeirat
Integrationsmöglichkeiten

kein Bild
vorhanden

Klaus Reutzel
Aus dem Alltag eines Jugendzentrums



Ausstellung

„Wir mischen uns ein“
Caritasverband Darmstadt e.V.

"Wir mischen uns ein!" In der Öffentlichkeit wird häufig das Bild des "nicht integrierbaren und nicht integrationswilligen Ausländers" gezeichnet. Die überwiegende Zahl der Einwanderer und Einwanderinnen jedoch arbeitet hier, schickt ihre Kinder in Schule und Kindergarten, konsumiert und investiert. Sie hat sich integriert. Mehr noch, eine Vielzahl von Menschen ausländischer Herkunft gestaltet durch ihr ehrenamtliches und hauptamtliches Engagement die deutsche Gesellschaft mit. Die Ausstellung zeigte schwarz-weiß Portraits von Darmstädterinnen und Darmstädtern ausländischer und deutscher Herkunft, die sich einmischen, z.B. als Elternvertreterinnen einer Kindertagesstätte, als Mitglieder des Ausländerbeirats, als Mitglieder von Vereinen und Institutionen, in der Schülervertretung, als Ausbilder und Ausbilderin in einem Betrieb. Durch ihre Arbeit profitieren wir alle!

Dem Kontakt und dem Dialog mit Migranten kommt eine wichtige präventive Rolle zu. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertevorstellungen ist nicht immer einfach, oft befremdend und von wechselseitigem Unverständnis begleitet. Differenzen, die sich im alltäglichen Leben bemerkbar machen, werden sowohl von der Aufnahmegesellschaft als auch von eingewanderten Menschen mit unverrückbaren divergierenden Glaubensgrundsätzen begründet. Offensichtlich ist, dass im Dialog mehr Gemeinsamkeiten als Trennungen zu erkennen sind. Gemeinsam müssen Wege diskutiert werden, die für beide Seiten akzeptabel und lebbar sind. Nur so können wir verhindern, dass sich Menschen ausgeschlossen fühlen, dass sie sich frustriert abwenden. Um Gewalttaten vorzubeugen, ist es unvermeidlich, Menschen in Deutschland die Möglichkeit zu geben, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren. Dazu sind sie ernstzunehmen. Eine Auseinandersetzung mit ihren Vorstellungen von Leben, auch mit ihrer Religiosität, ist unumgänglich.

10 Jahre KPRD – ein Resümee

Dr. Wilma Mohr
Leiterin der Sozialverwaltung



- Es ging heute Abend viel um Sicherheit
- Mein Beitrag: mit Sicherheit Kein Resümee

Statt dessen: Erinnerungen, Gedankensplitter,
vielleicht Hoffnungen

- 10 Jahre KPRD
- Mit 10 Jahren ist man ja eigentlich noch ein Kind, oft schon in der Vorpubertät, das heißt: ein bisschen trotzig – sind wir das?
- Soll man da schon reflektieren? Ist das nicht ein wenig früh?
Zugegeben die Zahl zehn ist willkürlich aber zehn Jahre Präventionsarbeit ist in unserer Zeit, in der es überwiegend um schnelle Ergebnisse geht, eine lange Zeit
- Was sind das für Menschen, die damals unter dem Motto „Um zu entscheiden, ob etwas getan werden muss, braucht man nicht zu wissen, wie groß ein Problem ist. Es genügt zu wissen, dass es groß ist“ einfach angefangen haben?
- Vier aus dem damaligen Kreis der sehr Aktiven sind heute noch im Management vertreten: Frank P. Schröder, Volker Weyel, Rainer Claus und ich und ich sehe unter den Gästen viele Mitstreiter/innen der ersten Stunde Karin Steffens, Friedhelm Menzel, Peter Benz.
Herzlich willkommen!
- Die Einladung von Oberbürgermeister Benz und Polizeipräsident Bernet stieß auf große Resonanz einerseits: fast alle sind gekommen
- Andererseits war verhaltene Skepsis zu spüren: Warum macht „die Stadt“ das? Was steckt dahinter? Will die Politik sich nur profilieren?
- Aber es gab auch andere Vorbehalte: Gibt das nur einen weiteren Arbeitskreis nach dem Motto: Wir reden mal drüber – Schwätzbude?
- Und die Mitarbeiter/innen in der Sozialverwaltung waren durchaus nicht begeistert davon, dass ihnen ihre damals noch neue Chefin gleich mit neuen Projekten ins Haus kam – wo doch alle schon genug zu tun hatten ... „Soll ich

die Arbeitsgruppe ins Leere laufen lassen“, fragte einer, der dann zu den engagierten Verfechtern unserer Arbeit gehörte..

- Und überhaupt Prävention – dafür ein extra Gremium. Prävention, das machen wir im Jugendamt jeden Tag, in jeder Kindertagesstätte, in jedem Jugendhaus Und haben Sie überhaupt schon den Jugendhilfeausschuss gefragt?
- Aber wir fingen einfach an, mit einfachen Mitteln eine Umfrage bei den Darmstädter Schulen und Kindertagesstätten, der erste Fachtag wurde geplant: „Für ein lebendiges Darmstadt – gegen Gewalt“ - immer noch ein sehr schöner Titel, ein sehr schönes Ziel
- Interessant, dass bei der aller ersten Sammlung der Themen im Mai 92 die Drogenproblematik bereits erwähnt wurde, sie aber zunächst verschoben wurde, da sie uns zu heikel und schwierig erschien
- Vielleicht ist das auch ein Geheimnis unseres Erfolgs, dass wir uns nie übernommen haben, lieber die Dinge reifen ließen, als sie zu überstürzen
- Heute können wir, ohne überheblich sein zu wollen, sagen: „Ohne die Arbeit des KPRD, gäbe es nicht den heutigen Standard in der Drogenpolitik in Darmstadt, mit einem Konzept das von der Prävention bis zur Überlebenshilfe alles umfasst, mit dem Scentral, Streetwork, Methadonprogramm und Notschlafplätzen“
- Und – hier nenne ich mal zwei Namen, ohne Hans Schimo und Reinhard Wufka von der Polizei und später Rudolf Kilb – hätten wir es nicht geschafft
- Und ohne die Arbeit der AG Suchthilfe, gäbe es keine Vernetzung der Suchthilfen im Bereich der legalen Drogen, die sogar die Selbsthilfegruppen mit einschließt und neuerdings auch Ärzte und nicht den sehr hilfreichen und sehr begehrten Suchthilfeführer, dessen 2. Auflage fast vergriffen ist
- Aber diese Erfolge haben sich nicht einfach so eingestellt, nach dem ersten Schwung begaben wir uns in die Mühen der Ebene: unser großes Plenum hatte fluktuierende Mitglieder. Bei den Gesprächen mit Oberbürgermeister und Polizeipräsident wollten plötzlich welche mitsprechen, die wir das ganze Jahr nicht gesehen hatten. Der Status der Arbeitsgruppen war nicht klar.
- Und ich habe nicht verstanden, dass die mittlerweile gegründete AG KOBRA bei ihren wunderbaren Streetball-Aktionen und dem sensationellen Tunnel-Rave, die für Jugendliche begehrte Innenstadt-Räume „einfach“ (Dr.Eckardt/Rainer Claus haben eine „einstweilige Verfügung“ abgeschmettert) öffnete und für ihre Interessen zur Verfügung stellte, immer wieder – wie ich finde penetrant betonte – dass sie nicht der KPRD sei
- Dabei hat sie doch genau die Präventionsprojekte gemacht, die wir sinnvoll und unterstützenswert fanden. Ich habe die Abgrenzung damals nicht verstanden,

aber akzeptiert, und heute bin ich sehr froh, dass KOBRA sich seine Eigenständigkeit bewahrt hat und ich bin sehr neugierig darauf, was sie uns heute Abend spielen!

- Vielleicht ist auch das ein Geheimnis unseres Erfolgs. Es ging sicher nicht nur mir so, dass ich bestimmte Dinge, bestimmte Diskussionen nicht verstanden habe. Alle mussten zu- und abgeben (Graffiti-Diskussionen), und ich habe erfahren, dass unsere Diskussionen doch weitgehend von wechselseitigem Respekt getragen waren. Einige sind auch weggeblieben. Aber die Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt haben wir dazu gewonnen.
- Kollegialität, als radikaler Respekt, die Welt aus der Sicht des anderen zu sehen. Wertschätzung mit der Unterstellung, dass der/die andere die gleiche gute Absicht hat.
- Dabei waren auch Empfindlichkeiten zu berücksichtigen – bis heute: Ich schwöre hier öffentlich, dass ich nie gesagt oder geschrieben habe, dass KOBRA eine Vereinigung Städtischer Einrichtungen sei!
- Noch mal zu den Mühen der Ebenen: Ich zitiere aus unserer Umbruchphase 1996, aus dem Protokoll, verfasst von Herrn Paul, dem damaligen Leiter der EZB:

„Zum Protokoll der 22. Sitzung gab es einen Änderungswunsch, nämlich den Satz „der maßgebliche Kreis des KPRD muss kleiner werden“ nicht so, sondern als Fragesatz ins Protokoll aufzunehmen, da diese Aussage als Frage formuliert war“. Sie sehen wir haben es immer sehr genau genommen – aber letztlich haben wir „den maßgeblichen Kreis“ verkleinert und damit die bis heutige gültige Struktur des KPRD etabliert.
- Diese sehr klare Struktur ist aus meiner Sicht ein weiterer Erfolgsfaktor unserer Arbeit, und ich glaube, sie ermöglichte auch unseren „neuen“ Kolleginnen., Barbara Akdeniz, Nicola Benn-Wesp und Maria Antonia Estol einen leichteren Einstieg in die Arbeit des Managements.
- Unserem Organigramm können Sie die zehn Elemente unserer Struktur entnehmen
 - Auftraggeber
 - Management (hört sich schön an, heißt aber auch Stühle schleppen Namensschilder schreiben, Claus/Jerofsky/Schröder)
 - Konzeption
 - Geschäftsstelle (seit 1999)
 - Arbeitsgruppen
 - Projekte, Projektförderung
 - Jährliche Präventionskonferenz
 - Netzwerk Prävention (kommunale Ebene, Hessen, Bund)

- Förderverein Drogenhilfe
 - Dokumentation + Geschäftsbericht
-
- Auf keines dieser Elemente, dieser Bausteine dieser Personen können wir verzichten, wenn wir weiter erfolgreiche Präventionsarbeit in Darmstadt haben wollen, aber auf gar keinen Fall können wir verzichten auf die ½ Geschäftsführerstelle, die jetzt seit drei Jahren mit Karl-Heinz Schupp besetzt ist.
 - Wir haben unsere Arbeit professionalisiert, wir sind als Gesprächs- und Ansprechpartner für Prävention akzeptiert (nicht nur in Darmstadt!)
 - Nach öffentlichen Präsentationen des KPRD – wie unserem jüngsten Projekt: Gewalt gegen Ältere – rufen die Menschen bei ihm an. Er ist die „Spinne im Netzwerk“. Und er hat mit dieser Präventionskonferenz – nicht alleine, aber doch maßgeblich - die dritte Großveranstaltung in diesem Jahr organisiert: die Tagung des Landespräventionsrates mit über 100 Leuten, die Veranstaltung „Gewalt gegen Ältere“ und diese Konferenz. Ich finde hier braucht es einen Riesenapplaus als Dankeschön!
 - Es ist vor allem Volker Weyel zu verdanken, dass die Arbeit des KPRD auch bundesweit Beachtung findet. Er hat in diesem Jahr für Darmstadt einen Preis für einen bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerb vorbildlicher kommunaler Suchtprävention bekommen. Es hatten sich 193 Kommunen/Landkreise beteiligt. 13 wurden prämiert. Ein Super-Erfolg für Darmstadt, vor allem weil wir uns mit Wettbewerbsteilnehmern messen lassen mussten, die personell und sächlichlich viel besser ausgestattet sind.
 - Die Bundesregierung bereitet ein Präventionsgesetz vor. Ich bin gespannt, auf die Details, aber eins ist deutlich, auf der Ebene der konzeptionellen und praktischen Arbeit wird Darmstadt positiv wahrgenommen, über die Ressourcen muss sicher noch gesprochen werden.
 - Über Inhalte habe ich heute Abend kaum gesprochen, mir ging es auch eher darum, Ihnen ein wenig Einblick zu geben in die Rahmenbedingungen unserer Arbeit – was macht uns stark?
 - Was lässt uns Durststrecken durchhalten? Was brauchen wir für die weitere Arbeit? Neben allem was ich schon gesagt habe: Die Unterstützung unseres Netzwerkes, also Ihre!
 - Themen gibt es genug. Herr Schupp will unbedingt ein Projekt zu „Gewalt in den Medien“ starten. Das Thema „strukturelle Gewalt“ steht auf der Tagesordnung, Gewalt in der Erziehung und gegen Frauen sind nach wie vor aktuell und das Thema unserer heutigen Konferenz wird uns sicher auch weiterhin beschäftigen.

Aber jetzt ist Schluss, sonst wird es am Ende doch noch ein Resümee und wir wollen doch noch feiern

Grußwort und Präventionssonderpreis des Förderverein Drogenhilfe e.V.

Stichworte für das Grußwort zur Verleihung des Sonderpreises anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Kommunalen Präventionsrates am Donnerstag, dem 7. November 2002 um 17.00 Uhr im Justus-Liebig-Haus



Meine Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen zum 10-jährigen Jubiläum für den Förderverein Drogenhilfe herzlich gratulieren zu dürfen. Der Förderverein besteht seit immerhin nun fünf Jahren, auch - wenn Sie so wollen - ein kleines Jubiläum. Die Gründung unseres Vereins stand vor dem Hintergrund der unbefriedigenden Situation auf dem Luisenplatz mit klarer Zielsetzung,

- hilft Betroffenen bei der sozialen Integration, z.B. durch Arbeitsprojekte
- unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Süchtigen. Speziell der Kontaktladen Scentral mit den Abteilungen Cafe, Streetwork, Substitutionsambulanz hat in dieser Zeit von den Spenden profitiert.

Spezieller Dank an Herrn Lange, dem Leiter der Einrichtung und seinem erfolgreichen Team.

Dem Vorstand sei Respekt und Anerkennung gezollt, dass er sich regelmäßig über die Arbeit vor Ort informiert hat.

Orientiert hat sich die Arbeit des Fördervereins Drogenhilfe am Darmstädter Anti-Drogen-Konzept, das maßgeblich vom KPRD entwickelt wurde.

Die erste Phase der Gründerzeit scheint mit der Etablierung des Scentral aus der Vereinssicht abgeschlossen. Zuletzt hat der Verein bei der Einrichtung von Notschlafplätzen hilfreich zur Seite gestanden. Natürlich ist dies zunächst nur eine Zwischenstation, die eine gewisse Zufriedenheit mit dem Erreichten zulässt. Weitere notwendige Schritte, wie der Ausbau der Arbeitsprojekte, werden folgen müssen.

Derzeit verstärkt der Vorstand seine Aktivitäten hinsichtlich präventiver Maßnahmen für Jugendliche. Zunächst wurden Einzelprojekte unterstützt:

- Anmietung eines Fahrsimulators im Rahmen des Projektes „Don't Drink and Drive“. Dabei konnten Schülerinnen und Schüler im nüchternen Zustand erleben, wie Alkoholgenuß die Fahrtüchtigkeit verändert
- Mit-Herausgabe einer Multimedia-CD „CHILL OUT“, die als Unterrichtsgrundlage das Thema Suchtprävention jugendgerecht aufbereitet hat.

Darauf basierend hat sich schnell herauskristallisiert, dass neue Anreize für eine regelmäßige Suchtpräventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen notwendig sind.

Hierzu hat der Vorstand den Darmstädter Suchtpräventionspreis ins Leben gerufen, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wurde. Preisträger sind:

- Die Mornewegschule Darmstadt mit dem Projekt „Suchtprävention-Ich-Stärkung“
- Das Projekt „Essen und Sport“ der Baas-Halle und des Aktivspielplatzes Herrngarten
- Die Suchtprojekttage der Joachim-Schumann-Schule Babenhausen

Bei der Auswahl der Preisträger hat der Geschäftsführer des Fördervereins, Herr Rachut, sich auf das fachliche Know-How von Experten aus dem Management des KPRD verlassen können, die an den vergangenen Präventionstagen bereits mehrfach positiv in Erscheinung getreten sind. Hier ein herzlicher Dank an die Herren Schupp, Walzel und Weyel.

Ganz aktuell hat der Förderverein den Suchtpräventionspreis 2003 ausgeschrieben, der im Frühsommer 2003 vergeben werden soll. Verstärkt sollen auch vorbeugende Maßnahmen in die Preisverleihung als auch in die Projektförderung des Vereins Eingang finden.

Der Förderverein Drogenhilfe hat auf Vorschlag des KPRD entschieden, einen Präventions-Sonderpreis anlässlich des 10-jährigen Jubiläums zu vergeben. Ich freue mich diesen Preis, der mit Zuschussbetrag in Höhe von 1.000 Euro verbunden ist, an die AG KOBRA vergeben zu können.

Vorzustellen brauche ich die AG KOBRA an dieser Stelle nicht, benennen möchte ich allerdings die Projekte, die seit Jahren aus dem Leben für Jugendliche in Darmstadt nicht mehr wegzudenken sind:

- Streetball
- Tunnel-Rave mit Aktionstag
- Basket-Fun-Nights
- Soccer-Nights

Die AG KOBRA ist ein besonders gelungenes Beispiel für neue und erfolgreiche Wege in der Präventionsarbeit. Ich bitte nun die Vertreterin der AG, Frau Tina Nolle, zu mir, den Preis entgegen zu nehmen und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

Darmstädter Präventionssonderpreis 2002

Für ihr herausragendes Engagement in der Präventionsarbeit
zum Wohle der Gemeinschaft erhält die

AG KOBRA

für ihre beispielhaften Aktivitäten und Projekte für Jugendliche
den Darmstädter Präventionssonderpreis 2002.

Die Verleihung des Darmstädter Präventionssonderpreises soll Motivation und
Ansporn sein, die Lebenskompetenzen von jungen Menschen zu stärken,
schützende Faktoren zu entwickeln und wirksame Prävention
als dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe zu etablieren.

Damit diese vorbildlichen und wegweisenden Aktivitäten und Projekte
mit präventiven Zielen auch künftig weiterentwickelt werden können,
ist dieser Preis mit einem Förderbetrag von **1.000,-- Euro** verbunden.

Der Förderverein Drogenhilfe, der sich der Präventionsverantwortung verpflichtet
sieht, dankt der AG KOBRA für ihre besonderen Leistungen in den vergangenen
Jahren und spricht ihr dafür Anerkennung aus.

Darmstadt, 7. November 2002
Förderverein Drogenhilfe -Der Vorstand-

Dr. Hans-Rolf Ropertz

Kabarett und K.O.B.R.A.



Matthias
Brodowy

K.O.B.R.A. - Band



Ausschnitt
aus
Darmstädter Echo
vom 5. November 2002

Konferenz zum Thema „Innere Sicherheit“

Präventionsrat – Referate, Preis für „Kobra“
und Feier zum zehnjährigen Bestehen

Einmal jährlich lädt der Kommunale Präventionsrat Darmstadt zu einer großen öffentlichen Konferenz. Diese nimmt sich jeweils eines Aspektes von Präventionsarbeit an – Drogenpolitik, Sport, Anti-Gewalt-Projekte oder Gewaltprävention in der Familie. Am Donnerstag (7.) ab 17 Uhr geht es im Liebighaus um „Innere Sicherheit – Zwischen Rasterfahndung und Kommunalen Prävention“. Gleichzeitig feiert der Kommunale Präventionsrat seit zehnjähriges Bestehen.

Deswegen teilt sich die Veranstaltung zum ersten Mal in zwei Teile: Einen inhaltlichen mit dem Vortrag des BKA-Professors Jürgen Stock über „Rasterfahndung und Videoüberwachung – neue Prioritäten in der Kriminalpolitik nach dem 11. September“, dem „Markt der Möglichkeiten“, bei dem Darmstädter Initiativen und Institutionen sich und ihre Arbeit vorstellen, und der Bilanz zum Zehnjährigen von Wilma Mohr, Leiterin der Sozialverwaltung und Mitinitiatorin des Rats „Kobra“, der Zusammenschluss sämtlicher städtischer Institutionen, die Jugendarbeit leisten, wird einen Sonderpreis des Fördervereins Drogenhilfe erhalten.

Der feierliche Teil des Abends wartet mit dem Kabarettisten Matthias Brodowy auf („Ich komme – mit Sicherheit“) und mit der „Kobra“-Band (Volker Weyel von der Jugend- und Drogenberatung; „eine Art Betriebsmusikgruppe“).

Anschließend – „wenn dann noch jemand da ist“ (Weyel) – legt DJ Band Platten auf.

Der Kommunale Präventionsrat geht auf die Initiative des früheren Polizeipräsidenten Peter C. Bernet und damaligen Sozialdezernenten Peter Benz, heute Oberbürgermeister, zurück. Anlass war die Politik der Stadt Frankfurt, Drogenkranke aus anderen Städten zu vertreiben, indem diese von Hilfsangeboten ausgeschlossen wurden, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt. Also kamen die Junkies nach Darmstadt zurück, wo damals noch keine niedrigschwelligen Hilfsangebote existierten.

Polizei und Stadt suchten gemeinsam nach einer Lösung, gründeten den Kommunalen Präventionsrat und beauftragten ihn mit der Umsetzung eines Konzeptes. Sein Ziel war es, „Ursachen von Gewalt zu ergründen und Lösungen zu deren Bekämpfung anzubieten“.

Zwei Arbeitsgemeinschaften legten die Grundlagen für den heutigen Sozialatlas und kümmerten sich um das Problemfeld Gewalt im Jugendbereich, was unter anderem zur Gründung der AG „Kobra“ führte. Eine dritte Arbeitsgruppe richtete mit Unterstützung des von Verleger Max Bach und Ex-Polizeipräsident Bernet gegründeten Fördervereins Drogenhilfe den Drogenkontaktladen „Scentral“ am Hermgarten ein. *bif*

Kommunaler Präventionsrat zieht nach zehn Jahren Bilanz

Konferenz zum Thema innere Sicherheit zwischen Rasterfahndung und Prävention / Netzwerk gegen Gewalt

10 Jahre nach seiner Gründung zieht der Kommunale Präventionsrat in Darmstadt Bilanz. Auf der Jahreskonferenz im Liebig-Haus informieren die ehrenamtlichen Mitarbeiter über das Netzwerk, das sie im Laufe der Zeit geknüpft haben. Ein Vertreter des Bundeskriminalamts referiert über die Kriminalpolitik in dem 11. September.

DARMSTADT. Der Darmstädter Präventionsrat, der im Mai 1992 auf Initiative des damaligen Polizeipräsidenten Peter Riet und des Sozialdezernenten Peter Metz (SPD) ins Leben gerufen wurde, war die erste dieser Art in Hessen. Das war die Zeit, als die

Nachbarschaft Frankfurt alle auswärtigen Junkies auf den Straßen in die umliegenden Kommunen zurückdrängte. Die Drogenproblematik sei jedoch nur ein Grund für die Einrichtung eines Präventionsrats gewesen, sagt die Leiterin der Darmstädter Sozialverwaltung und Koordinatorin des Präventionsrats, Wilma Mohr. Denn auch anderswo gab es sozialen Konfliktstoff – beispielsweise an den Schulen.

Wilma Mohr erinnert sich an eine Umfrage, die der Präventionsrat kurz nach seiner Gründung zum Thema „Gewalt in der Schule“ machte. „Das war damals sehr heikel. Keiner wollte zugeben, dass es so etwas überhaupt gibt.“ Später befasste sich eine Arbeitsgruppe intensiv mit Gewalt in

Schulen, Kindertagesstätten, Jugendhäusern und auf Spielplätzen. Aus dieser Arbeit entwickelten sich unter anderem Streitschlichterprogramme.

Präventionserfolge seien zwar nicht messbar, doch das von Jahr zu Jahr wachsende Netzwerk in der Stadt leiste wertvolle Dienste, sagt Mohr. Durch die Kooperation verschiedener Einrichtungen und Organisationen seien viele Hürden abgebaut worden. „Früher hätte es ein Jugendhaus vermieden, bei Konflikten die Polizei zu rufen. Doch diese Feindbilder gibt es nicht mehr“, resümiert Mohr.

Der Präventionsrat hat zudem eine Topografie sozialer Problemlagen entworfen. Das sei die Grundlage für spätere Projekte

wie den städtischen Armutsbericht und den Sozialatlas gewesen, erzählt Mohr. Von der Arbeit des Präventionsrats, der über eine hauptamtliche Stelle verfügt, hätten jedoch auch die Projekte „Soziale Stadt“ in Kranichstein, Eberstadt und der Heimatstättensiedlung profitiert. „Der Stadtteilpolizist ist ebenfalls ein Ergebnis unserer Arbeit.“

■ Die Konferenz beginnt um 17 Uhr im Liebig-Haus, Große Bachgasse. Nach der Begrüßung durch Polizeipräsident Rudolf Kieß spricht Jürgen Strack vom Bundeskriminalamt zum Thema Rasterfahndung und Videoüberwachung – neue Prioritäten in der Kriminalpolitik nach dem 11. September.

Zeitungsartikel aus FAZ vom 09.11.2002

Verfolgen und Bestrafen reicht nicht aus

Zehn Jahre Kommunalen Präventionsrat in Darmstadt / Konferenz zur inneren Sicherheit

ziz. DARMSTADT. Nur mit Verfolgen und Bestrafen alleine sei der wachsenden Kriminalität nicht beizukommen: Deshalb setze die Polizei seit gut einem Jahrzehnt verstärkt auf die Prävention von Straftaten; und dazu bedürfe sie der Mitwirkung der Kommunen: Diese Ansicht des Polizeipräsidenten in Südhessen, Rudolf Kilb, bestätigte der Leiter des Kriminalistischen Instituts beim Bundeskriminalamt, Jürgen Stock, bei der Jahreskonferenz des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt am Donnerstagabend im Justus-Liebig-Haus.

Stock sagte, 1963 habe es in der Bundesrepublik 1,7 Millionen registrierte Straftaten gegeben – 2001 seien es bereits 6,3 Millionen gewesen. Alle fünf Sekunden werde eine Straftat begangen, alle vier Minuten ein Einbruch und alle drei Stunden eine Gewalttat. Dies sei vor allem auf die wachsende Zahl von Jugendstraftaten zurückzuführen, hierbei spielten Jugendkulturen, nicht integrierte Emigrantengruppen und sozial Benachteiligte eine große Rolle. Fünf Prozent aller Jugendlichen begingen die Hälfte der Jugendstraftaten. Viele Täter seien zu Hause selbst Opfer von Gewalt gewesen. Deshalb sei Sozialarbeit so wichtig.

Stock wies allerdings auch darauf hin, daß Eigentumsdelikte 75 Prozent der Ge-

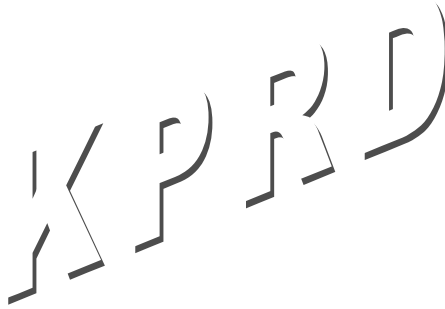
samtkriminalität ausmachen, Sexualstraftaten „nur“ 0,1 Prozent und Tötungsdelikte „nur“ 0,05 Prozent: „Kriminalität findet in der gesellschaftlichen Wahrnehmung durch die Medien statt“, sagte er. Deutschland sei im internationalen Vergleich ein „relativ sicheres Land geblieben“.

Auch wenn derzeit die Bereitschaft zu strengeren Gesetzen und einer schärferen Strafverfolgung offenbar zunehme – Beispiele seien Rasterfahndung und Videoüberwachung –, müsse es auch eine Prävention im kommunalen Raum geben. Die Bürger engagierten sich erst bei eigener Betroffenheit durch Kriminalität. Der Stadt Darmstadt, in deren Kommunalem Präventionsrat seit zehn Jahren Polizei und Sozialbehörden zusammenarbeiten, dankte Stock hierfür ausdrücklich. Es müsse regelmäßige Situationsanalysen zur Kriminalität geben, und diese Analysen müßten regional ausgerichtet sein, forderte er. Nötig sei eine Vernetzung von Einrichtungen, das Bund-Länder-Projekt „Soziale Stadt“ sei ein gutes Beispiel. Eine „Kultur des Hinschauens“ sei nötig, auch das Schuleschwänzen könne schon ein erstes Warnzeichen sein.

Beispiele für soziales Engagement und Kriminalitätsprävention gibt es in Darm-

stadt eine ganze Reihe, begonnen beim Jugendbeauftragten der Polizei über die soziale Fan-Betreuung für den Fußballverein SV Darmstadt 98, Kirchenprogramme, Aufklärungsangebote zu religiösen und kulturellen Unterschieden zwischen Volksgruppen bis zur Jugendbetreuung in Schulen, Jugendhäusern und einzelnen Initiativen. Und die Arbeitsgemeinschaft „Kobra“, in der sich ein gutes Dutzend Initiativen zusammengeschlossen hat, wurde anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Präventionsrates vom Förderverein Drogenhilfe mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

Zwar war der Magistrat der Stadt bei der Präventionskonferenz nicht vertreten, doch die Leiterin der Sozialverwaltung, Wilma Mohr, gab einen Rückblick auf die Arbeit der vergangenen zehn Jahre. So habe die Stadt Frankfurt durch die Vertreibung auswärtiger Heroinabhängiger dazu beigetragen, daß sich die Drogenszene in Darmstadt vergrößert habe. Von Anfang an sei es dem Präventionsrat darum gegangen, die Ursachen von Gewalt zu ergründen und zu bekämpfen. Daß der Rat ein kommunaler und nicht, wie andernorts, ein „kriminaler“ sei, betone die Verantwortung der Stadt für gesellschaftliche Aufgaben.



KOMMUNALER PRÄVENTIONS RAT DARMSTADT

Initiatoren und Auftraggeber

Oberbürgermeister Polizeipräsident Sozial- /Jugenddezernentin Bürgermeister Schul-/Frauzendezernentin	Peter Benz Rudolf Kilb Cornelia Diekmann Horst Knechtel Daniela Wagner
---	---

Förderkreis

Unterstützung

Sponsoren Förderverein Drogenhilfe e.V.

- ◆ öffentlich
- ◆ finanziell
- ◆ strukturell

Ausschreibung des
Wettbewerbs
Suchtprävention

und

Verleihung des
Darmstädter
Präventionspreises

Management

Koordination

Leitung und Geschäftsführung:

Dr. Wilma Mohr
Leiterin der Sozialverwaltung

Karl-Heinz Schupp
KPRD Geschäftsstelle

Sprecher:

Volker Weyel
Fachstelle für Suchtprävention

Pressearbeit:

Frank P. Schröder
Sportkreisjugenden

Mitglieder:

Barbara Akdeniz
Frauenbüro
 Nicola Benn-Wesp
Ev. Dekanat Darmstadt-Stadt
 Rainer Claus
Jugendamt
 Maria-Antonia Estol
Migrationsdienst/Caritasverband
 Heiner Jerofsky
Polizeipräsidium Südhessen
 Jürgen Weßling
Staatliches Schulamt

Präventionskonferenz

Forum

Netzwerk

- ◆ Präsentation
 - ◆ Reflexion
 - ◆ Austausch
 - ◆ Planung
- von
- ◆ Konzepten
 - ◆ Projekten
 - ◆ Institutionen

Projekte und Arbeitsgruppen

Projekt

Streitschlichter-
modelle
in der Schule

AG

Drogenhilfe
Illegale Drogen

AK

Suchthilfe
Legale Drogen

AG

Gewalt gegen
ältere
Menschen

Projekt

Gewalt-
prävention
in der Schule



KOMMUNALER PRÄVENTIONS RAT DARMSTADT

**Treffen der örtlichen Präventionsgremien und
des Landespräventionsrates am 23.Mai 2002 im
Justus-Liebig-Haus Darmstadt**

Stadträtin Daniela Wagner
Begrüßung
Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates
am 23.05.2002 in Darmstadt

Sehr geehrter:
Staatsminister Dr. Christean Wagner
Prof. Dr. Iring Fetscher,
Dr. Fünfsinn

Sehr geehrte Gäste

Begrüßung im Namen der Wissenschaftsstadt Darmstadt und als Vertreterin des Kommunalen Präventionsrates der Stadt Darmstadt.

Wir freuen uns, heute Gastgeber für das jährliche Treffen der Hessischen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates zu sein.

Wir blicken inzwischen auf eine 10-Jährige, aus unserer Sicht erfolgreiche, Arbeit des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt zurück.

Sehr großen Wert legen wir auf den Titel Kommunaler Präventionsrat. Hierdurch soll eine breite gesellschaftliche Verantwortung im Bereich der Prävention verdeutlicht werden.

Insbesondere aus der hervorragenden Kooperation zwischen Polizei und Kommune konnte in Darmstadt ein breites Bewusstsein für Prävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe entstehen.

Moderne Gesellschaften sind mit Problemen und Entwicklungen konfrontiert, für die herkömmliche individuelle oder soziale Lösungen nicht mehr ausreichend sind.

Die Modernisierung hat Individualisierungsprozesse zur Folge, die Entscheidungsfreiräume ermöglichen, aber auch Scheitern in die Verantwortung des Einzelnen stellen.

Gewalt und Sucht können Symptome dieser modernen emanzipatorischen Impulse sein.

Prävention hat deshalb sowohl eine Beeinflussung des individuellen Handelns als **Verhaltensprävention** als auch der Lebens- und Umweltbedingungen als **Verhältnisprävention** im Blick.

Bei den Strukturen und Inhalten von kommunaler Prävention kann es nicht nur darum gehen, Einzelpersonen zu gesellschaftlich akzeptiertem Verhalten zu motivieren,

sondern vor allem darum, die Fähigkeit zu fördern, das individuelle Wohlbefinden und die Ansprüche der Gesellschaft zu balancieren.

Prävention muss frühzeitig ansetzen. Sie ist umfassend und ganzheitlich orientiert.

Prävention ist eine langfristige Aufgabe, die Kontinuität erfordert.

Prävention ist alltägliche "Beziehungsarbeit" in den verschiedensten Lebensfeldern und ist somit eine Gemeinschaftsaufgabe.

Je günstiger die Entwicklungsbedingungen, sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich beschaffen sind, desto wahrscheinlicher wird es dem Menschen gelingen, zu einer konstruktiven Lebensweise zu finden.

Um Prävention in konkrete Maßnahmen umzusetzen, ist eine Vernetzung und Kooperation auf lokaler Ebene notwendig.

Ein wichtiges Ziel ist die Schaffung eines Präventionsnetzwerkes, das langfristig zum wesentlichen Träger präventiver Bemühungen wird.

Dies bedeutet, Institutionen, Projekte und Initiativen zu koordinieren und bestehende Ressourcen möglichst optimal zu nutzen.

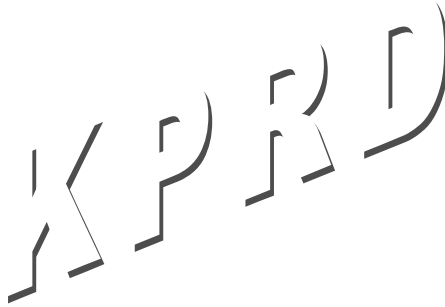
Der Erfolg solcher Strategien in der kommunalen Prävention basiert auf unserer Erfahrung auf Freiwilligkeit und dem ständigen Bemühen, funktionierende Netzwerke in Ihrer Arbeit zu motivieren und zu fördern.

Für erfolgreiche Präventionsstrategien bedarf es formulierter Konzepte und Leitlinien sowie entsprechender Strukturen zur Umsetzung der formulierten Ziele.

Diese Konzepte müssen fortgeschrieben werden und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Prävention muss sich an ihren Zielsetzungen messen lassen und hierfür entsprechende Instrumente entwickeln.

Das Konzept, die Struktur sowie Projekte des Kommunalen Präventionsrates der Stadt Darmstadt werden wir Ihnen am heutigen Vormittag in seinen wesentlichen Teilen präsentieren.

In der Hoffnung, dass dieser Tag einen erfolgreichen Beitrag zur Vernetzung und dem Austausch präventiver Bemühungen in Hessen leistet, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit



KOMMUNALER PRÄVENTIONS RAT DARMSTADT

Initiatoren und Auftraggeber

Oberbürgermeister	Peter Benz
Polizeipräsident	Rudolf Kilb
Sozial- /Jugenddezernentin	Cornelia Diekmann
Bürgermeister	Horst Knechtel
Schul-/Frauenzezerntin	Daniela Wagner

Förderkreis

Unterstützung

Sponsoren Förderverein Drogenhilfe e.V.

- ◆ öffentlich
- ◆ finanziell
- ◆ strukturell

Ausschreibung des
Wettbewerbs
Suchtprävention

und

Verleihung des
Darmstädter
Präventionspreises

Management

Koordination

Leitung und Geschäftsführung:

Dr. Wilma Mohr
Leiterin der Sozialverwaltung

Karl-Heinz Schupp
KPRD Geschäftsstelle

Sprecher:

Volker Weyel
Fachstelle für Suchtprävention

Pressearbeit:

Frank P. Schröder
Sportkreisjugenden

Mitglieder:

Barbara Akdeniz
Frauenbüro
Nicola Benn-Wesp
Ev. Dekanat Darmstadt-Stadt
Rainer Claus
Jugendamt
Maria-Antonia Estol
Migrationsdienst/Caritasverband
Heiner Jerofsky
Polizeipräsidium Südhessen
Jürgen Weßling
Staatliches Schulamt

Präventionskonferenz

Forum

Netzwerk

- ◆ Präsentation
 - ◆ Reflexion
 - ◆ Austausch
 - ◆ Planung
- von
- ◆ Konzepten
 - ◆ Projekten
 - ◆ Institutionen

Projekte und Arbeitsgruppen

Projekt

Streitschlichter-
modelle
in der Schule

AG

Drogenhilfe
Illegale Drogen

AK

Suchthilfe
Legale Drogen

AG

Gewalt gegen
ältere
Menschen

Projekt

Gewalt-
prävention
in der Schule

Tagung des Landespräventionsrates Hessen in Darmstadt am 23.5.2002

Vorstellung des Darmstädter Kommunalen Präventionsrates (KPRD) - Teil 1 Dr. Wilma Mohr – Gründungsmitglied des KPRD und Leiterin der Sozialverwaltung

Wenn ich Ihnen heute unsere Arbeit vorstelle, dann beschränke ich mich im Wesentlichen auf unsere Struktur und Arbeitsweise, ausgewählte Inhalte werden von den Kolleginnen und Kollegen aus den Arbeitsgruppen vorgestellt, bzw. sind in unseren Dokumentationen, unserer Konzeption und den Geschäftsberichten nachzulesen.

„Wie habt ihr das gemacht?“ ist eine Frage, die uns immer wieder gestellt wird und die Netzwerkarbeit ist ja auch Gegenstand einer Arbeitsgruppe dieser Tagung. Ich werde meinen Vortrag analog unseres Organigramms halten.

Entstehung

Der KPRD wurde im Mai 1992 auf Initiative des jetzigen Oberbürgermeisters Peter Benz und des damaligen Polizeipräsidenten Peter C. Bernet ins Leben gerufen. Daher kam der Auftrag, Präventionsarbeit aufzubauen und deshalb heißen die Initiatoren bis heute AUFTRAGGEBER (vgl. im Organigramm Kästchen 1). Mittlerweile gehört fast der gesamte hauptamtliche Magistrat dazu.

Ziele

des KPRD sind

- Ursachen der Gewalt aufzuzeigen
- und zu deren Bekämpfung Lösungen anzubieten
- Der Gewalt in der Gesellschaft und somit auch in unserer Stadt etwas entgegenzusetzen
- und zwar durchaus mit persönlichem Einsatz und in eigener Verantwortung (nicht nur immer mit Blick auf Andere, die bitte etwas tun sollen, ist die Absicht)

Diese Ziele sind, auch nach fast 10-jähriger Arbeit, noch aktuell. Allerdings ist die Auseinandersetzung mit dem Gewaltbegriff immer wieder aufs Neue erforderlich, denn die Gesellschaft und ihre Formen, gewalttätig zu sein, ändern sich, darauf müssen wir reagieren und uns immer wieder fragen, ob unsere Konzepte zur Prävention noch stimmen.

Namensgebung

In der konstituierenden Sitzung erfolgte bewusst die Namensgebung „Kommunaler Präventionsrat“ und nicht „Kriminaler Präventionsrat“, wie es andere Städte später formulierten. Das Wort kommunal soll eine breite gesellschaftliche Verantwortung verdeutlichen.

Arbeitsweise, Organisation und Struktur

Die konzeptionellen Grundlagen sowie das Organigramm des KPRD wurden 1996 verabschiedet und sind bis heute die Basis der kontinuierlichen Arbeit des KPRD.

Die Arbeit des KPRD lässt sich heute durch zehn „Elemente“ charakterisieren, sie lassen sich am Organigramm nachvollziehen:

- (1) Auftraggeber (siehe unter Entstehung)
- (2) Management
- (3) Konzeption (liegt aus und kann angefordert werden)
- (4) Geschäftsstelle (seit 1999)
- (5) Arbeitsgruppen
- (6) Projekte, Projektförderung
- (7) Jährliche Präventionskonferenz
- (8) Netzwerk Prävention (kommunale Ebene, Hessen, Bund)
- (9) Förderverein Drogenhilfe (siehe Vortrag Herr Rachut)
- (10) Dokumentation + Geschäftsbericht

(2) Management

Zentrales Element in der Struktur des KPRD ist die Einrichtung eines Managements. Das Management koordiniert und steuert die präventiven Aktivitäten und unterstützt deren Umsetzung. Es vertritt den KPRD in der Öffentlichkeit und organisiert die Präventionskonferenzen sowie den Austausch mit den Initiatoren, dem Förderkreis und den Arbeitsgruppen. Seine Einrichtung war notwendig geworden, weil in der kontinuierlichen Arbeit mit einem großen Plenum von oft 20 Mitgliedern nicht mehr klar war, wer welche Aufgaben und Kompetenzen hatte.

Wenn in unserem Organigramm von „Leitung“ die Rede ist, so ist das eher nach außen als Ansprechpartnerin gedacht. Nach innen arbeitet ein gleichberechtigtes Team. Das Entscheidende ist, dass alle Mitglieder des KPRD-Managements und auch der Arbeitsgruppen freiwillig mitarbeiten. Sie repräsentieren zwar eine Institution, aber das Engagement sollte aus Interesse an der Präventionsarbeit erfolgen, nicht als Pflicht.

Das Management trifft sich im Durchschnitt alle 6 – 8 Wochen, seine Aufgaben sind im Konzept festgehalten. Die Teilnahme ist verbindlich, wer nicht kann, entschuldigt sich. Dadurch entsteht über die Jahre eine hohe Kontinuität und Verlässlichkeit. Als besonders wichtig hat sich der jährliche Klausurtag erwiesen, der einer Selbstvergewisserung der Gruppe gilt. Stimmen unsere Ziele noch? Sind alle einbezogen und informiert? Klappt die Kooperation? Ist es noch unser Selbstverständnis, wie wir es 1996 formuliert haben, und vor allem: tragen es die neuen Mitglieder so mit?

- Der KPRD **macht** keine Prävention
- Der KPRD versteht sich als Initiator und unterstützendes Gremium
- Der KPRD entwickelt Präventionskonzepte und Leitlinien
- Der KPRD definiert Prävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Jedes Mitglied im Management – vier sind noch Gründungsmitglieder – repräsentiert nicht nur die einzelne Institution, die es entsandt hat, sondern ein übergreifendes Netzwerk, z.B. ist der Vertreter der Sportkreisjugenden Ansprechpartner für Sport im allgemeinen, die Vertreterin des Evangelischen Dekanats, stellt auch die Kontakte zu den anderen Religionsgemeinschaften her, der Vertreter des Staatlichen Schulamtes vertritt „die Schulen“ in ihrer Gesamtheit, so wie die Frauenbeauftragte die Belange der Frauen und nicht die des Frauenbüros vertritt.

(3) Geschäftsstelle

Sie ist räumlich im Stadthaus Frankfurter Straße in der Sozialverwaltung angesiedelt und besteht aus Herrn Schupp, der eine halbe Stelle hat, die von der Stadt Darmstadt bezahlt wird. Sie wurde 1999 eingerichtet und ist notwendig geworden, weil sich die Arbeit des KPRD immer mehr ausdifferenzierte. Der Geschäftsführer organisiert alle Arbeitsgruppen und die Arbeit des Managements durch Protokollführung, Einladungen versenden, Erstellen der Dokumentationen und Geschäftsberichte. Und vor allem ist er ein wichtiger Ansprechpartner für das Netzwerk und interessierte Bürger. Ohne ihn können wir uns die Arbeit nicht mehr vorstellen. Seit 1998 verfügt der KPRD über ein kleines Budget, das die Stadtverordnetenversammlung in den Haushaltsberatungen beschlossen hat. Es dient der Organisation der jährlichen Präventionskonferenz, für Geschäftsbedürfnisse und der Unterstützung von Präventionsprojekten. Im Haushaltsjahr 2002 sind es 10.600 Euro.

(4) Arbeitsgruppen

In den Arbeitsgruppen findet die vertiefte inhaltliche Arbeit statt. Arbeitsgruppen arbeiten eigenständig und in loser Kooperation mit dem Management. Es gibt drei, zwei davon werden Sie nachher noch kennen lernen. Deshalb spreche ich hier nur über die jüngste AG „Gewalt gegen Ältere“. Im März 2001 wurde die „AG Gewalt gegen ältere Menschen“ gegründet. Das Thema wurde vom Caritasverband an den KPRD herangetragen und das KPRD-Management hat sich dafür ausgesprochen, es als neue Arbeitsgruppe im Rahmen des KPRD zu installieren.

Die AG will:

1. Die Thematik Gewalt gegen ältere Menschen aus der Tabuzone bringen.
2. Aufklären und Sensibilisieren für die Thematik.
3. Bestehende Hilfs- und Präventionsangebote für Pflegende und Angehörige transparent machen.

Die Ausübung von Gewalt erfolgt oft aus Hilflosigkeit und Überforderung, deshalb geht es auch darum, Hilfen anzubieten. Die AG hat im Rahmen des Netzwerks mit der Telefonseelsorge Kontakt aufgenommen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, anstatt sofort ein neue Hilfsangebot zu installieren.

Am 23. Oktober wird in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Volkshochschule Darmstadt Herr Prof. Dr. Hirsch einen Vortrag zum Thema unserer AG halten.

(5) Projekte, Projektförderung

Gegenüber den Arbeitsgruppen, die in der Regel im KPRD kontinuierlich arbeiten, sind Projekte nicht Mitglieder des KPRD, sondern es gibt eher punktuelle Kooperationen und z.B. gemeinsame Veranstaltungen. Wir haben auch Projekte schon finanziell unterstützt. Projekte haben auch die Möglichkeit, sich während unserer Konferenzen auf dem Markt der Möglichkeiten darzustellen

(6) Jährliche Präventionskonferenz

Die jährlichen Präventionskonferenzen bilden ein Forum für präventive Aktivitäten und Institutionen in Darmstadt. Dieses Forum dient der Präsentation, Reflexion, dem Austausch und der Planung von Konzepten, Projekten und Aktivitäten. Wir stellen damit unsere Arbeit und ein Schwerpunktthema vor. Das wichtigste Kriterium ist,

dass es gelingt, das gewählte Thema anschaulich, praxisnah und für die Darmstädter Verhältnisse aufzubereiten. Oft arbeiten wir in workshops: z.B. haben wir einmal Rollenspiele gemacht, wie man in angespannten öffentlichen Situationen deeskalieren kann. Auch experimentieren wir mit neuen Methoden, mit dem Ziel, das Publikum möglichst in das Geschehen einzubeziehen und zu aktivieren. Wir wählen ansprechende Tagungsorte, die gut erreichbar sind. Damit auch Berufstätige kommen können, finden die Konferenzen abends statt. Sie werden immer dokumentiert und erscheinen seit 1997 dank der finanziellen Unterstützung von Herrn Max Bach vom „Darmstädter Echo“ als Broschüren in einer Auflage von 800 Exemplaren. Durchschnittliche Teilnehmerzahl: 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

- Für ein lebendiges Darmstadt ohne Gewalt (1993)
- Lebensräume öffnen – Freiräume schaffen (1995)
- Präventionskonferenz – Streetworker (1996)
- Drogenpolitik zwischen Abstinenz und Akzeptanz (1997)
- Zwischen Wegschauen und Wegschließen (1998)
- Prävention und Sport (1999)
- Gewalt und Zivilcourage (2000)
- Gewaltfrei erziehen – Kinder sind unschlagbar (2001)
(im Rahmen und in Kooperation mit der bundesweiten Kampagne „Gewaltfrei erziehen“, die hier in Darmstadt vom Mütterzentrum koordiniert wurde)
- In diesem Jahr werden wir uns dem Thema der „Inneren Sicherheit“ widmen.

Die Präventionskonferenzen sind öffentlich und kosten keine Teilnahmegebühr. Vielleicht haben Sie Lust, auch einmal vorbeizukommen. Sie brauchen uns nur Ihre Adresse zu hinterlassen, dann erhalten Sie eine Einladung.

(7) Netzwerk Prävention

In erster Linie meinen wir natürlich unser lokales Netzwerk auf kommunaler Ebene, wenn wir von Netzwerk sprechen. Aber wir sind auch auf Hessenebene im Landespräventionsrat präsent und auf Bundesebene nehmen wir auch am Deutschen Präventionstag teil. Unsere Fachstelle für Suchtprävention, ein sehr wichtiger Kooperationspartner im KPRD, ist sogar Preisträger in einem Bundeswettbewerb. Der Preis wird in Kürze verliehen. Das Netzwerk dient dem Austausch, der fachlichen Weiterentwicklung, der Überprüfung von Handlungsideen, der Entwicklung neuer Ideen. Netzwerk ist auch das, was wir heute hier gemeinsam tun.

Darmstadt ist mit zwei Stadtteilen beteiligt am Modellprojekt des Bundes „Soziale Stadt“. In diesem Projekt finden sich viele unserer Präventionsideen wieder. Natürlich kooperieren wir mit diesen wichtigen Projekten.

Wenn vorhin die Rede davon war, dass Prävention alltägliche Beziehungsarbeit ist, so gilt das auch für unsere Arbeit im Management, in den Arbeitsgruppen und im Netzwerk. Diese Art der Arbeit lässt sich nicht verordnen oder anweisen. Sie erfordert von allen Beteiligten ein hohes Maß an wechselseitiger Wertschätzung und Aufmerksamkeit für die spezifischen Belange des anderen. Gerade im Bereich der ehrenamtlichen oder freiwilligen Arbeit ist das, neben den klaren Strukturen und der Verbindlichkeit der Arbeit, sehr wichtig für den Erfolg.

(8) Förderverein Drogenhilfe

Während unserer Strukturdebatte (1996) gab es auch eine Option, den KPRD vielleicht selber als Verein arbeiten zu lassen. Wir verfolgten diese Idee nicht weiter, weil wir eine zu formalisierte Struktur für unsere Arbeit als eher hinderlich ansahen. Dennoch haben wir immer überlegt, dass es für bestimmte Projekte unbürokratisch Geld geben müsste. Der Förderverein Drogenhilfe wurde vom Verleger des Darmstädter Echo Herr Max Bach und vom ehemaligen Polizeipräsidenten Herrn Peter Bernet gegründet. Daraus hat sich ein sehr effizienter und hilfreicher Teil unseres Netzwerkes entwickelt, Herr Rachut, der Geschäftsführer des Vereins, wird darüber berichten.

(9) Dokumentation + Geschäftsbericht

Das ist ein oft etwas mühsamer Teil unserer Arbeit, denn man ist ja oft froh, dass man gerade noch die Kraft hatte, ein Projekt zu begleiten oder die Präventionskonferenz durchzuführen. Die Aktion ist vorbei und dann noch die Arbeit der Dokumentation, wo doch schon die Planungen für das nächste Jahr anstehen. Aber die Dokumentation ist ein sehr wichtiger Teil unserer Arbeit, das merken wir an der Nachfrage nach unseren Broschüren. Und es ist für die aktiven Mitglieder des KPRD wichtig, denn über die Jahre verliert man oft selbst das Gefühl davon, was man schon alles erreicht hat. So dient die Dokumentation auch der Selbstmotivation, aber auch der Legitimation gegenüber Öffentlichkeit und Politik . Aber auch die „kleine“ Dokumentation, das Schreiben der Protokolle für die alltägliche Arbeit gehört zum unabdingbaren Bestandteil unserer strukturierten Arbeitsweise. Diese Arbeit haben wir reihum geleistet, als es noch keine Geschäftsführung gab. Die jährlichen Geschäftsberichte hat der Geschäftsführer eingeführt. Eine Chronik des KPRD zu unserem 10-Jährigen Bestehen ist noch in diesem Jahr geplant.

Was ist an dem Darmstädter Kommunalen Präventionsrat so besonders?

- Freiwilligkeit im Engagement – hohe Verbindlichkeit und Engagement der Mitglieder
- Freie Träger und öffentliche Institutionen arbeiten zusammen
- Hochrangig politische Einbindung führt zur Akzeptanz der Arbeit und Umsetzung der Ergebnisse
- Vorschläge werden umgesetzt
- Dokumentation – Wir dokumentieren jede Arbeitsgruppensitzung, jede Präventionskonferenz und geben jährlich einen Geschäftsbericht heraus, das sorgt für Transparenz und Information der Öffentlichkeit
- Kontinuität und langer Atem sind wichtige Eigenschaften für die Präventionsarbeit, wir haben beides
- Klare Strukturen ermöglichen ein effizientes Arbeiten und helfen bei auftretenden Konflikten
- Wir haben eine breite gesellschaftliche Akzeptanz in Darmstadt
- Auf der fachlichen Ebene sind wir eingebunden in die Arbeit des Jugendhilfeausschusses und in die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände

- Praxisorientiertes und pragmatisches Handeln auf der Basis eines gemeinsamen theoretischen Grundverständnisses geben uns Orientierung und immer wieder Motivation
- Wir sind uns bewusst, dass Prävention keine kurzfristigen Erfolge bringt, sondern auf langfristiger, auch konzeptioneller Arbeit beruht
- Wir arbeiten ergebnisorientiert und haben Erfolge, so ist die Darmstädter Sozialberichterstattung entstanden aus den ersten Ideen in einer KPRD Arbeitsgruppe, so haben wir nicht nur ein Drogenpolitisches Konzept für die Stadt erarbeitet, es wurde auch von der Politik übernommen und umgesetzt

Und deshalb macht die Arbeit auch nach zehn Jahren noch Spaß!

AG Drogenhilfe

- **Zielsetzungen der AG: Hilfsangebote für Drogenabhängige, Entwicklung eines niedrigschwelligen Angebots (Drogenkontaktladen) und Bedarfsermittlung von noch nicht realisierten Hilfsangeboten**
- Konzeptentwicklung in der AG Drogenhilfe:
Im Magistratsbeschluss vom 26.04.1995 wurde die Einrichtung eines Kontaktladens für Drogenabhängige als niedrigschwelliges Angebot der Drogenhilfe festgelegt.
- Die AG Drogenhilfe erstellte in Zusammenarbeit mit dem KPRD-Management ein fachpolitisches Konzept für eine Neuorientierung und effektive Ausrichtung einer kommunalen Drogenpolitik zwischen Abstinenz und Akzeptanz: "Drogenpolitik für Darmstadt"
- Präsentation: Das Konzept wurde auf der Präventionskonferenz 1997 („Drogenpolitik zwischen Abstinenz und Akzeptanz“) vorgestellt.
- Ebenso wurde vom Magistrat das von der AG Drogenhilfe erarbeitete Streetworker-Konzept beschlossen.
- Die AG Drogenhilfe erstellte eine Prioritätenliste:
 - Einrichtung von Notschlafplätzen
 - Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten
 - Gesundheitsraum für Schwerstabhängige
 - Substitution für Schwerstabhängige
 - Entzugsmöglichkeit
 - Erweiterung der Suchtprävention

Hans Morral-Schimo Polizeipräsidium Südhessen

Vortragskonzept zur Darstellung der Arbeit der AG Drogenhilfe im KPRD anlässlich der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 23. Mai 2002 im Justus-Liebig-Haus in Darmstadt

Darstellung der Arbeit der AG Drogenhilfe

1993 habe ich in Vorbereitung auf eine Sitzung des KPRD zum Drogenproblem einige interessante Artikel des *Darmstädter Echo* vom Februar 1980 mit sehr kritischen Beiträgen zum Thema Drogen und Darmstadt gelesen:

Darmstadt wurde als „liberales Drogenzentrum“ bezeichnet, wurde in einem Atemzug mit Frankfurt und Amsterdam genannt, umliegende Metropolen beschwerten sich über die Darmstädter Szene. Dabei gab es noch keine Unterschiede zwischen „Hasch und Heroin“ und das Rauschgift kam „mit der Sex- und Pornowelle“.

- o Schon damals wurde festgestellt, dass die Polizei an dem Drogenproblem soviel Schuld hat, „wie die Feuerwehr am Brand“,
- o dass die Polizei nicht „Sozialarzt“ sei und selbst bereits sozial-, bildungs- und rechtspolitische Konsequenzen verlangt habe.

Darmstadt, die Drogenszene mit ihren Folgen für Sicherheit und Ordnung in der Stadt, Prävention und die Rolle der Polizei in diesem Problemfeld hatten mich als einen Verantwortlichen für die Drogenbekämpfung schon aus beruflichen Gründen zu interessieren, zumal von uns durchgeführte Razzien immer nur kurze, plakative Erfolge hatten.

Es musste etwas anderes geben, etwas Beständigeres, das sowohl die Sicherheit in der Stadt erhöhte, als auch den Abhängigen ein Mindestmass an menschenwürdiger Versorgung bot.

- > Um so überraschter war ich im September 1994 über eine Einladung von Frau Dr. Mohr, Leiterin der Sozialverwaltung in Darmstadt, zur konstituierenden Sitzung der AG Drogenhilfe im Kommunalen Präventionsrat (KPRD).

Schon in der konstituierenden Sitzung war es erklärtes Ziel,

- > Hilfskonzepte und niedrighschwellige Angebote zu entwickeln,
- > Prävention und Repression sinnvoll zu ergänzen,
- > Erfahrungen (Frankfurter Montagrunde) einzuholen, da das Problem in Darmstadt wegen des Rückstroms aus Frankfurt immer größer wurde.

- > Die Notwendigkeit der Einrichtung eines Kontaktladens für Drogenabhängige wurde gesehen, ebenso
- > die Notwendigkeit einer ämter- und ressorübergreifenden städtischen Drogenkoordination.
- Das Arbeitsfeld und die Ziele waren gesteckt und mit der AG Drogenhilfe wurde jetzt ein Team aus den verschiedenen relevanten Institutionen und Organisationen gebildet, um die Ziele zu konkretisieren.
- Die Beteiligten stellten **Lagebilder und Situationsbeschreibungen** zusammen und schon im November 95 wurden die Räume für einen **Kontaktladen in der Bismarckstr. 3 besichtigt**.
- > „Hausaufgaben“ wurden verteilt und die Ergebnisse anschließend in der **AG** vorgetragen und gebündelt:
 - o Lagebild der Darmstädter Polizei
 - o Situation in der Substitution bei niedergelassenen Ärzten
 - o Probleme und Erfahrungen der Eltern von Drogenabhängigen
 - o Erfahrungen der Stadtjugendpflege, der Jugendhäuser etc.
 - o Berichte der verschiedenen Organisationen und Träger von Prävention und Beratung
 - o Situationsbeschreibung aus Sicht des Ordnungsamtes, des Gartenamtes (insbes. Drogenmüll)
 - o Beteiligung des Frauenbüros, des Schulamtes, des Gesundheitsamtes

Es wurde ein Pool von Wissen und Erfahrung geschaffen, weitere

Arbeitsgruppen bildeten sich (AG KOBRA)

Im Sommer 1996 wurde der KPRD neu strukturiert in die Bereiche

Initiatoren/Auftraggeber, Förderkreis/Sponsoring,
Präventionskonferenz und Management (mit Geschäftsführung und
Pressearbeit)

- > **Schon am 21.10.96 wurde der Kontaktladen SCENTRAL eröffnet.** Weitere Aufbauarbeit und Stützleistungen aus der AG sollten folgen
- > Durch den laufenden Anfangsbetrieb des Kontaktladens bei gleichzeitiger Grundsatzarbeit der AG Drogenhilfe konnten durch studentische Hilfskräfte bei den Drogenabhängigen Befragungen durchgeführt werden, die es ermöglichten, das zu schaffende weitere Angebot bedarfsorientiert zu fordern und zu gestalten. Z.B. Bedarf an Substitution, Wohnen/Notschlafen, Entzugsplätze, Druckraum pp.
- > 1996 waren in der AG Drogenhilfe ca. **30 Organisationen und Initiativen** vertreten. Aus Gründen einer effizienten Arbeits- und Beschlussfähigkeit war

die AG zu straffen. Wir gaben uns zunächst Leitlinien und Regeln zur Kooperation und in einem weiteren Schritt wurde ein Fragebogen entwickelt, in dem alle bisher beteiligten Organisationen und Initiativen u.a. nach ihren Zielen, Ressourcen und Forderungen befragt wurden. Nach Auswertung der Antworten wurde in der AG Drogenhilfe ein **enger** Teilnehmerkreis und ein erweiterter Kreis (anlassbezogene und themenorientierte Mitarbeit) gebildet. Weiterhin räumten einige Institutionen ein, bisher nur deshalb an den AG Sitzungen teilgenommen zu haben, um rechtzeitig von möglichen Subventionen oder Subventionskürzungen zu erfahren.

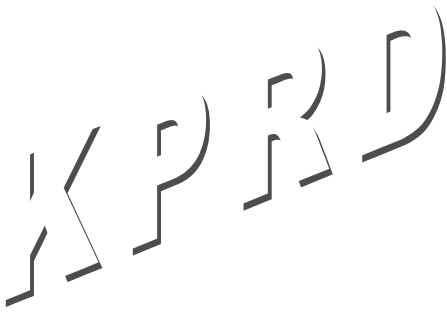
- Im Sommer 1997 erarbeitete die nunmehr gestraffte AG Drogenhilfe das Konzept „**Drogenpolitik für Darmstadt**“, ein fachpolitisches Grundkonzept für eine Neuorientierung einer kommunalen Drogenpolitik und das „**Streetwork-Konzept**“.

Nachdem beide im Rahmen der Präventionskonferenz im November 1997 vorgestellt worden waren, erstellte die AG bis zum März 1998 im Auftrag des KPRD aus dem drogenpolitischen Grundkonzept eine Prioritätenliste der erforderlichen Maßnahmen, die von den kommunalpolitisch Verantwortlichen verbindlich akzeptiert ist und nach der seither verfahren wurde und wird.

- >Insgesamt hat sich mit der **AG Drogenhilfe im KPRD** eine Projektgruppe gebildet, in der Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der verschiedensten Institutionen und Initiativen und Fachleute aus den verschiedensten Bereichen (u.a. Medizin, Pharmazie) regelmäßig oder anlassbezogen vertrauensvoll zusammenarbeiten.

>Ziele wurden uns vorgegeben oder von uns erarbeitet, entwickelte Konzepte wurden umgesetzt und Ziele erreicht. Dies bedeutet, wir waren bisher erfolgreich.

- >**Die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Projekt AG Drogenhilfe hat die Drogenarbeit in Darmstadt in hohem Maße gefördert. Die beteiligten Organisationen und Institutionen sind sich viel näher gekommen. Auf dieser Basis werden nunmehr auch Einzelfälle außerhalb der drogenpolitischen Grundsatzarbeit unbürokratisch gelöst.**



Kommunaler Präventionsrat Darmstadt

"scentral"

- **Kontaktladen mit Notschlafplätzen:**

Der Kontaktladen ist täglich von 10-18 Uhr geöffnet und bietet Drogenabhängigen Drogen-, Lebens- und Rechtsberatung sowie eine Grundversorgung in den Bereichen Gesundheitsprophylaxe, Ernährung, Hygiene und Maßnahmen zum Entzug. Drogenabhängigen Frauen und Männern stehen ca. 20 Notschlafplätze zur Verfügung.

- **Streetwork:**

Die Streetworker kümmern sich um Menschen, die gesellschaftlich ausgegrenzt sind (Drogenabhängige, Obdachlose etc.) und ihren überwiegenden Aufenthalt in der Innenstadt von Darmstadt haben. Angeboten werden zum Beispiel eine kontinuierliche psychosoziale Betreuung, punktuelle Gesundheitsvorsorge, Motivationsarbeit sowie die Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags und der Existenzsicherung.

- **Substitutionsambulanz mit Arbeitsprojekt:**

Die ganzheitliche Substitutionsbehandlung umfasst die Versorgung mit Methadon sowie eine medizinische und psychosoziale Betreuung. Dazu gehört auch ein längerfristiges Arbeitsprojekt, das aus städtischen Mitteln der Beschäftigungsförderung und Spendengeldern des Fördervereins Drogenhilfe e.V. unterstützt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie herzlich zu der Veranstaltung des Landespräventionsrates und freue mich, Ihnen eine Drogenhilfeeinrichtung vorstellen zu können, die 1996 nach einem gut zweijährigen Vorlauf durch Unterstützung und Begleitung des KPRD ihre Arbeit aufnehmen konnte. Mein Name ist Dietmar Lange und ich wurde gebeten, als Einrichtungsleiter des scentral die nun seit sechs Jahren erweiterte Drogenhilfe der Stadt Darmstadt und des Landkreises in einem knappen Rahmen darzustellen.

Das scentral. Der Träger. Die Abteilungen.

Das scentral ist eine Einrichtung des Zweckverbandes Drogenberatung- und Drogenhilfe für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg. Beide Gebietskörperschaften finanzieren nach einem politisch festgelegten Verteilungsschlüssel durch Verbandsumlagen diese Stelle, in der mittlerweile ca. 60 Beschäftigte Arbeit finden.

Diese Stelle besteht aus drei Abteilungen, in denen konzeptionell suchtbegleitend und suchtakzeptierend gearbeitet wird. Dieser sogenannte niedrigschwellige Ansatz wird mit unterschiedlichen Ansprüchen in den drei vorhandenen Abteilungen umgesetzt:

- im Kontaktladen als zentrale Anlaufstelle für Klienten mit einer Suchtproblematik. Dieser Abteilung sind z.Zt. elf Notschlafplätze angeschlossen.
- In der Substitutionsambulanz mit einem assoziierten Arbeitsprojekt für drogenabhängige Substituierte.
- In der Abteilung Streetwork mit schwerpunktmäßig aufsuchender Drogenarbeit.

Im Kontaktladen, der täglich von 10.00 bis 18.00 geöffnet ist, finden die drogenabhängigen Gäste zum einen ein Versorgungsangebot vor, zum anderen kann qualifizierte Beratung in Anspruch genommen werden. Die wesentlichen Hilfen im Versorgungsbereich sind

Spritzentausch bzw. -vergabe, ein subventioniertes Essensangebot, eine Kleiderkammer, Waschmaschinen und Trockner, Schlafplätze und mehr.

Der wichtigere Teil, der sich für sehr viele Gäste sodann anbietet, ist der Beratungsbereich. Dieser gestaltet sich inhaltlich in Form eines Clearingangebotes, bzw. in Form von Kriseninterventionen, jedoch mehr und mehr auch in Prozessbegleitungen, die größtenteils ausstiegsorientiert sind. Der Beratungsbereich wird von hauptamtlichen Sozialarbeiterinnen bzw. Pädagogen sowie einem Honoraranwalt ausgeführt. Den Versorgungsbereich decken vorwiegend studentische Aushilfen ab. Im vergangenen Jahr haben wir nahezu 54.000 Besuchskontakte gezählt, also ca. 150 täglich, ein starker Nachweis dafür, dass dieses Angebot notwendig war und ausschließlich freiwillig von den Drogenabhängigen in Anspruch genommen wird.

Die zweite Abteilung des scentral ist eine Substitutionsambulanz, die in Kooperation mit dem Zentrum für soziale Psychiatrie in Heppenheim, einer Klinik des Landeswohlfahrtsverbandes, seit fünf Jahren besteht. Mittlerweile können bis zu 70 Patienten zum einem mit Methadon bzw. Subutex substituiert werden, zum anderen

ist fachärztlich auch eine Versorgung von Drogenabhängigen mit einer zusätzlichen psychischen Erkrankung gesichert. Diesen Patienten wird Methadon nach einem Antragsverfahren von den Krankenkassen oder Sozialhilfeträgern finanziert. Voraussetzung dafür ist u.a., dass sie keinen unerlaubten relevanten Beikonsum betreiben. Einrichtungsintern wird zusätzlich für die Patienten obligatorisch, dass sie sich zu einer psychosozialen Begleitung bereit erklären.

Dieser Ambulanz ist ein Arbeitsprojekt assoziiert, dass durch die Abteilung Beschäftigungsförderung der Stadt Darmstadt sowie der Beschäftigungsförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg finanziert wird. Insgesamt könnten somit neun drogenabhängige Substituierte unter Vertrag genommen werden. Z.Zt. sind es leider nur vier Personen, weil dieses Projekt im Modellcharakter stehen blieb und bislang kein hauptamtliches Personal für die Betreuung dieses Projektes zur Verfügung steht.

Die dritte Abteilung des scentral hat den Auftrag, Klienten zu erreichen, die keine Anbindung mehr zu behördlichen Hilfsangeboten finden oder wollen. Die Beschäftigten der Abteilung Streetwork versuchen vor Ort über mühsame und zeitaufwendige Beziehungsarbeit Kontakte zu schaffen, die so tragfähig werden, dass über prozessbegleitende Betreuung zum einen individuell geholfen werden kann, zum anderen in Ansätzen dadurch ein ordnungsrechtlicher Erfolg erreicht wird. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Versorgung und Betreuung von Suchtkranken mit den aus diesem Zustand resultierenden Auffälligkeiten wie Obdachlosigkeit, Straffälligkeit etc.

Die bis hier genannten Aufgaben und Tätigkeiten des scentral werden von zehn hauptamtlich Beschäftigten qualifiziert umgesetzt. Zusätzlich wird der Versorgungsbereich durch ca. 45 meist studentischen Aushilfen gesichert. Mit diesem Arbeitsmodell haben wir bislang ausschließlich gute Erfahrungen gemacht und beabsichtigen, diese sehr vitale und bunte Teambesetzung beizubehalten.

Einige Daten zur Chronologie.

Ich möchte Ihnen nun einige Informationen zum chronologischen Verlauf der Entstehung des scentral mitteilen:

Die Drogenproblematik in Darmstadt hatte ihren Höhepunkt Ende 1980 erreicht. Anfang 1990 gelang es der Polizei, die bis dahin bundesweit bekannte lokale Szene nachhaltig zu zerschlagen und zu großen Teilen nach Frankfurt bzw. Mannheim zu vertreiben. Folge war, dass für die verbleibende Zahl ein kleines Hilfsangebot ausreichend war, eine Beratungsstelle, deren Konzeption schwerpunktmäßig ausstiegsmotivierte, therapiewillige Drogenabhängige erreichte. Daran angegliedert war und ist noch eine unterbesetzte Fachabteilung Suchtprävention.

Dieses Angebot war nicht mehr ausreichend, als 1994 die neue Drogenpolitik in Frankfurt dazu führte, dass ortsfremde Drogenabhängige wieder in ihre Heimatgemeinden zurückgedrängt wurden. Folge war, dass eine für die Darmstädter Bürger und Politiker nicht zu übersehende Drogenwelle zurückkam, auf die in adäquater Form und vor allen Dingen schnell und verbindlich reagiert werden musste. Konkret bedeutete dies, dass über das Sozialdezernat und den KPRD ein Arbeitskreis initiiert wurde, der trägerübergreifend eine Erweiterung des bisherigen Drogenhilfsangebotes erörtern und die Teilnehmer bat, eine Konzeption für ein niedrigschwelliges Angebot zu erarbeiten.

Ende 1994 stand dann fest, dass ein Kontaktladen mit angegliederter Substitutionsambulanz entstehen soll, allerdings nicht als konsequente

Fortschreibung und Erweiterung der bisherigen Beratungshilfe, sondern als neue, eigenständige Einrichtung. In der Folge der nächsten Monaten bis Anfang 1996 waren dann die erforderlichen Anhörungen in den Sozialausschüssen und die entsprechenden Magistratsbeschlüsse zur Finanzierung erfolgt sowie die Trägerfrage geklärt.

Nachdem im April/Mai 1996 entschieden war, dass ich die Leitung dieser Einrichtung übernehmen würde, fand mein erster Kontakt mit der Arbeitsgruppe Drogenhilfe des KPRD statt. Zu diesem Zeitpunkt gab es kritische Stimmen innerhalb dieser Arbeitsgruppe, die bemängelten, dass zu stark im Auftrag der Stadt gedacht und gearbeitet würde und dass künftige Diskussionen mit einem außerparlamentarischen Gremium erörtert werden sollten. Es gab in dieser Folge einen Konsens zwischen der Zielsetzung des neukonzeptionierten KPRD sowie der Arbeitsgruppe Drogenhilfe, eine Neuorientierung war somit eingeleitet.

Die Ergebnisse der AG Drogenhilfe des KPRD.

Im Folgenden werde ich mich auf Jahreszahlen und Stichpunkte beschränken, um einen schnellen und überschaubaren Überblick der Arbeitsgruppe des KPRD darzustellen:

Mai bis Juli 1996: Erstellung und Auswertung eines Erhebungsbogens zur Drogensituation in Darmstadt mit den vorhandenen Hilfsangeboten sowie Fragen zu einer Gesamtstrategie.

August bis September 1996: Auftrag und anschließende Verabschiedung eines Konzeptes für Streetwork im Innenstadtbereich.

November 1996: Erstellung einer Beschlussvorlage an den Magistrat zur Finanzierung eines Streetworkerprojektes, angegliedert an das scentral.

Dezember 1996: Ausrichtung einer Präventionskonferenz mit dem Vortragsschwerpunkt Streetwork.

März 1997: Auftrag an die Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Konzeptes **Drogenpolitik für die Stadt Darmstadt**, das im Oktober vom Magistrat verabschiedet wird.

September bis November 1997: Vorbereitung und Durchführung der Präventionskonferenz zum Thema Drogenpolitik zwischen Abstinenz und Akzeptanz.

Zeitgleich die Organisation der Informationsausstellung „Rausch und Realität“.

März 1998: Erstellung einer Prioritätenliste zur Fortschreibung der niedrigschwelligen Drogenarbeit.

Juni 1998: Kostenkalkulation zu einer täglichen Öffnungszeit des Kontaktladens in einer Variante mit angeschlossenem Konsumraum. Weiterhin: Herbeiführung der politischen Entscheidung für die Einrichtung von Notschlafplätzen sowie die Unterstützung bei der Einrichtung eines Arbeitsprojektes.

Vom Herbst 1998 bis Anfang 2000 finden nur noch sporadische Treffen der AG Drogenhilfe statt, da die Anschübe für die Fortschreibungen Wirkung zeigten und nun die Umsetzungen und Konsolidierung der Projekte vorrangig waren. Seit Anfang 2000 ruht diese Arbeitsgruppe, kann jedoch jederzeit revitalisiert werden.

Vorteile und Notwendigkeit eines KPRD

Nachdem Ihnen die Entwicklung der fortgeschriebenen Drogenarbeit in Darmstadt vorgestellt wurde, möchte ich Ihnen gerne die Notwendigkeit und die positiven Effekte eines Konstruktes wie den KPRD in Darmstadt aus meiner spezifischen Sichtweise mitteilen:

- Verbindlicher Zusammenschluss von Spitzenvertretern öffentlich-rechtlicher oder staatlicher Einrichtungen oder Behörden zu gemeinsamen Arbeitsaufträgen.
- Interdisziplinäre Sichtweisen und Vorgehensweisen beim Erreichen des gemeinsamen Zweckes.
- Initiierungskompetenz zur Schaffung und Leitungskompetenz der Facharbeits-gruppen.
- Synchronisierung und Bündelung der unterschiedlichen Arbeitsaufträge bzgl. eines ausgewiesenen Projektes.
- Kompetente Begleitung unter Einbeziehung der Verwaltungsstäbe bis hin zum Abschluss eines geplanten Projektes.
- Kurze Wege zu politischen Entscheidungsinstanzen.
- Seriöser Ansprechpartner zur Geschäftswelt und somit zu potentiellen Sponsoren.
- Kontakte zu und Erfahrung mit öffentlichen Medien z.B. zur Presse.
- Anrufungsorgan und Vermittler zwischen politischen Entscheidungsinstanzen und Trägern sozialer Hilfsangebote und umgekehrt.

Das persönliche Engagement aller ist entscheidend.

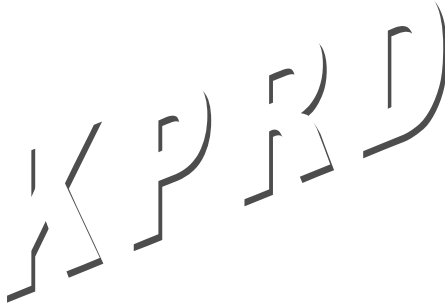
Ich möchte meinen Beitrag mit einigen persönlichen Anerkennungen beenden, stellvertretend für alle am Prozess Beteiligten. Der KPRD als zunächst abstraktes Konstrukt ist selbstverständlich erst dann lebendig, wenn die im Verfahren verantwortlichen Personen ihre Arbeit engagiert betreiben.

An dieser Stelle richte ich als Leiter meinen Dank für das, was ich mit der Einrichtung sencentral erreichen konnte, ganz besonders an Frau Dr. Mohr für ihre mitreißende Dynamik in diesem Planungs- und Umsetzungszeitraum, weiterhin an den ehemaligen Sozialdezernenten Herrn Grünewaldt für die Steuerung und politische Umsetzung im Magistrat sowie dem Polizeipräsidenten Herrn Kilb für die ständige dringliche Botschaft, dass Sicherheit jedes Einzelnen sehr viel mit sozialer Verantwortung in Bezug auf Bereitstellung sozialer Hilfsangebote und nicht mit der Reduzierung auf ausschließliche Repression zu tun hat.

„Last but not least“ gilt der besondere Dank auch Herrn Max Bach vom Darmstädter Echo, stellvertretend für die Darmstädter Geschäftswelt, der im Rahmen des social sponsorings dem einen oder anderen Projekt zum Anschub verholfen hat.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Dietmar Lange. Mai 2002



Kommunaler Präventionsrat Darmstadt

AK Suchthilfe-legale Drogen

Präsentation 10 Jahre

- Die Arbeit des Arbeitskreises Suchthilfe begann mit einer differenzierten Erhebung bestehender Suchthilfeangebote in Darmstadt. In der Folge dieser Erhebung wurde der Arbeitskreis um weitere relevante Kooperationspartner erweitert.
- Im Arbeitskreis Suchthilfe kooperieren:
 - Fachleute aus der stationären und ambulanten Suchthilfe
 - Sozialdienste aus Firmen
 - Sozialdienste der Bewährungshilfe
 - Vertreter von Selbsthilfeorganisationen
 - Vertreter der Ärzteschaft
 - Vertreter von Kliniken, des Gesundheitsamtes und der Suchtprävention.
- Der Arbeitskreis Suchthilfe war bei der Planung, Organisation und Durchführung der Darmstädter Kampagne gegen Sucht maßgeblich beteiligt.
- Der vom Arbeitskreis Suchthilfe zusammengestellte Suchthilfeführer findet großes Interesse und ist bereits in seiner 2. Auflage erschienen.
- Der Arbeitskreis Suchthilfe erweitert das Drogenpolitische Konzept der Stadt Darmstadt um die Aspekte der Suchthilfe.

Arbeitskreis Suchthilfe – legale Drogen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin beauftragt, Sie heute zur Gründung und zu den Aufgaben des „Arbeitskreises Suchthilfe - legale Drogen“ im KPRD zu informieren, was ich natürlich gerne tue.

Aufgrund der Erfahrung mit dem bereits bestehenden Arbeitskreis Suchthilfe – illegale Drogen in Darmstadt wurde im August 98 auch die Neugründung des Arbeitskreises Suchthilfe – legale Drogen, vollzogen.

Die damaligen Grundgedanken und Ziele waren u.a.:

1. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in allen Bevölkerungsgruppen und -schichten ein größeres Problembewusstsein auch für legale Suchtmittel, für nicht stoffgebundene Süchte und für neue Suchtarten und -formen zu schaffen.
2. Es sollten Präventionsmaßnahmen mit entsprechenden Projekten oder Alternativen im Umgang mit legalen Drogen entwickelt werden.
3. Eine Vernetzung erreicht werden mit der Absicht, die in Darmstadt vorhandenen Angebote zu koordinieren, zusätzliche Ressourcen zu aktivieren und Kompetenzen zu bündeln.
4. Es war dabei auch wichtig, Betroffene am Arbeitskreis zu beteiligen, damit diese auch wieder andere Betroffene und Mitbetroffene in die Arbeit des Arbeitskreises einbeziehen.

Nach sozialplanerischen Grundsätzen, wie das fachlich heißt, galt es zuerst eine Bedarfs- und Ist- Analyse zu erstellen, um damit eine Basis für weitere Planungen und Strategien zu erhalten.

Zweiter Schritt des Arbeitskreises Suchthilfe – legale Drogen war die Entwicklung eines standardisierten Fragebogens durch eine interne Arbeitsgruppe, unterstützt und ergänzt wurde diese Gruppe von Statistikern des Amtes für Einwohnerwesen, Wahlen und Statistik in Darmstadt, die auch die Ergebnisse der Befragung mathematisch ordneten und zusammenfassten.

II. Teilnehmer des Arbeitskreises

- Fachleute aus der stationären und ambulanten Suchthilfe
- Sozialdienste aus Firmen
- Sozialdienste der Bewährungshilfe
- Vertreter von Selbsthilfeorganisationen
- Vertreter von Krankenhäusern, Kliniken und des Gesundheitsamtes und weiterer sinnvoller Einrichtungen

Grundlage:

1. welche Hauptaufgaben bieten einzelne Fachdienste an ?
2. wie viel Kontakte Zu Suchtgefährdeten und Angehörigen im Alltag besteht in den

einzelnen Dienststellen welche Angebote werden für Suchtgefährdete und Abhängige vorgehalten ?

55 Fragebögen konnten gezielt ausgewertet und damit eine Erstanalyse zur legalen Suchthilfe in Darmstadt erstellt werden. Wir erreichten mit der Fragebogenaktion

- die Wohlfahrtsverbände
- fünf Soziale Einrichtungen der Kommunen
- Soziale Einrichtungen der großen Kirchen (ev. u. kath.)
- Soziale Einrichtungen privater Trägerschaft
- fünf Einrichtungen der Suchthilfe stationär und ambulant
- fünf Sozialdienste großer Firmen und Betriebe
- zehn Sozialdienste, Bewährungshilfe, Wohnungslosenhilfe, etc.
- 17 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- 13 Selbsthilfegruppen

Ergebnis der Befragung (von einer kleinen Arbeitsgruppe aus den verschiedensten fünf Suchthilfediensten der Stadt ausgewertet)

- Fast alle Einrichtungen und Organisationen kennen in ihrem Klientel Menschen mit Suchtmittelmissbrauch und Suchtabhängigkeiten
- Niederschwellige Angebote wurden von den Befragten als wichtig erkannt, aber es gibt zu wenig Angebote für diese Personen in Darmstadt (Wasserbüdchen, Arbeitslosentreffek)
- Einzelne soziale Fachdienste wissen oft zu wenig voneinander, insbesondere über die einzelnen Angebote der Dienststellen
- Es fehlt für Darmstadt eine Koordinationsfachstelle in Suchtfragen und -angelegenheiten
- Ein Suchthilfeführer wurde als dringend notwendig erkannt
- Präventionsangebote im legalen Suchtmittelbereich sind so gut wie nicht bekannt

Die Auswertungen der Fragebögen ließen auch Interpretationen zu wie:

- In sozialen Brennpunkten der Stadt ist das Alkoholproblem unter der Bevölkerung noch stärker ausgeprägt als in der Allgemeinbevölkerung.
- Die Wiedereingliederung von Suchtkranken in die Berufs- und Arbeitswelt scheint allgemein große Probleme zu verursachen.
- Über Sucht und Alter fehlten jegliche Informationen, Angaben und Hilfemöglichkeiten.
- In Schulen und Jugendgruppen scheint ein Bewusstsein für die legale Suchtmittel und deren Gefahren zu wenig ausgeprägt.
- Die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Folgen von legalen Suchtmitteln allgemein und für jede einzelne spezielle Altersgruppe werden zum Teil weder erkannt, noch entsprechend ernst genommen (Alkohol ist halt eine legale Droge).

- Soziale, wirtschaftliche und geistige Armut in Verbindung mit Sucht spielt immer noch keine große Rolle im Bewusstsein der Mitmenschen, die nicht betroffen oder mitbetroffen sind.

Nach dem Bekannt werden dieser Lücken und Schwächen im Hilfesystem beschloßen die Mitglieder des Arbeitskreises

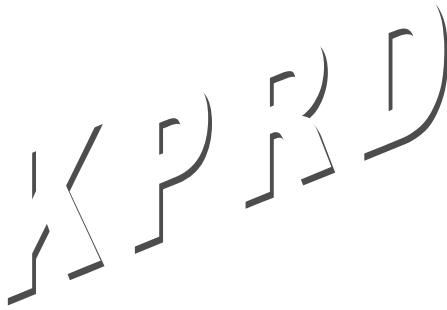
1. Einen Suchthilfeführer für Darmstadt rasch zu entwickeln und ihn der Bevölkerung und allen strategisch wichtigen Personen regelmäßig zuzuschicken und bekannt zu machen.
2. Gezielte Aktionen und Kampagnen in Darmstadt durchzuführen und das Problembewusstsein in der Bevölkerung für Suchtprobleme zu schaffen.
3. Eine Vielzahl von sozialen Fachdiensten sollte regelmäßig sich mit Fragen der Suchthilfe engagieren und auseinander setzen.

Weiter Überlegungen stehen an wie:

4. Ein fachpolitisches Suchthilfekzept als Grundbasis für die Suchthilfepolitik der Stadt und des Landkreises soll einheitlich für den legalen/illegalen Bereich erstellt werden.
5. Eine intensive Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und den Firmen wird erwogen, um eine insgesamt effektivere Eingliederungshilfe für Suchtkranke zu erreichen.
6. Das Thema Prävention wird regelmäßig auf unseren Arbeitssitzungen in beiden Arbeitsgruppen auftauchen
7. Präventionsmaßnahmen sollen gezielt entwickelt, regelmäßig und konsequent an die Bevölkerung herangeführt werden.
8. Mit der Präventionsfachstelle in Darmstadt muss eng zusammengearbeitet werden.
9. Ein Strategietag hinsichtlich der Gestaltung und Vernetzung in der Zusammenarbeit mit Ärzten/Fachärzten wird geplant und vorbereitet.

Darmstadt 20.4.02IBoJu

Caritasverband Darmstadt e. V.
 Fachambulanz für Suchtkranke
 Beratung und Behandlung
 Rheinstrasse 44-46
 64283 Darmstadt
Tel.: 06151/66770- Fax:06151/666812



Kommunaler Präventionsrat Darmstadt

Präsentation 10 Jahre

Darmstädter Kampagne gegen Sucht

- Kooperation mit der Volkshochschule Darmstadt und Merck KGaA
- Auftaktveranstaltung: "Jugend zwischen Sucht und Sehnsucht"
- Präsentation des betrieblichen Präventionskonzeptes PFIFF
- Veranstaltung für Führungskräfte "Suchtprävention als Führungsaufgabe"
- Abendveranstaltung: "Suchtverhalten in Familien und Partnerschaft"
- Aktionstag: "Es geht auch anders-Darmstadt gegen Sucht"

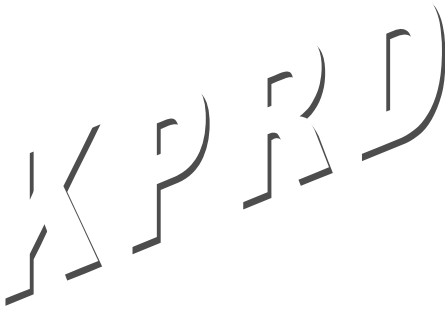
Konzept für Redebeitrag am 23.5.2002 „Treffen der örtlichen Präventionsgremien und Landespräventionsrates Hessen“

Bedeutung des Themas für den Arbeitgeber Merck:

- Fürsorgepflicht des AG
- Wirkungsvolle Strategien durch Betriebsvereinbarungen möglich (seit 1992)
- Prävention durch Aufklärung, Schulungen, Vorbildverhalten haben einen hohen Stellenwert
- Welche Suchtmittel werden bei Merck konsumiert?
- Gezielte Schulungen/Kampagnen für Zielgruppen möglich:
Ausbilder/Auszubildende/Mitarbeiter/Vorgesetzte
- Suchtkranke Mitarbeiter sind oft gute Mitarbeiter
- Bei Alkoholkranken: 60% der beratenen Mitarbeiter sind nach Therapie abstinent
- Suchtkonsum und Arbeitssicherheit passen nicht zusammen
- Anbieten von Unterstützung und Beratung durch betriebliche Sozialarbeit

Gemeinsame Kampagne 2001

- Betriebe generell (bes. Merck mit ca. 8000 Mitarbeitern in DA) sind Spiegelbild der Gesellschaft: Konsumenten, Abhängige, Angehörige, Väter, Mütter
- Veranstaltungen bei Merck für Ausbilder und Vorgesetzte hatten große und positive Resonanz innerhalb Merck.
- Problembewusstsein ist gestiegen, acht weitere Veranstaltungen folgten
- Lokale Vernetzung mit Beratungsstellen/Selbsthilfegruppen wurde verstärkt
- Wichtige Unterstützung durch Übernahme der Mit-Schirmherrschaft durch Geschäftsmitglied Dr. Sombroek und Übernahme von Teilkosten der Kampagne.



Kommunaler Präventionsrat Darmstadt

Förderverein Drogenhilfe e.V.

Präsentation 10 Jahre

- Der Förderverein Drogenhilfe erwuchs 1997 aus einer gemeinsamen Initiative des Verlegers Max Bach und des ehemaligen Darmstädter Polizeipräsidenten Peter Bernet
- Die Arbeit des gemeinnützigen Vereins orientiert sich am Darmstädter Anti-Drogen-Konzept mit den Säulen Prävention, Therapie und Hilfe sowie Kriminalitätsbekämpfung
- Mit seiner Unterstützung sind die Streetworker unterwegs, wurde der Kontaktladen „scentral“ eingerichtet
- **Der Förderverein schreibt jährlich den Wettbewerb "Gelungene Suchtprävention" aus und verleiht den Darmstädter Präventionspreis**
- **In Anerkennung seiner Verdienste erhielt der Förderverein 1998 den Ludwig-Metzger-Preis**

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen die Arbeit des Fördervereins Drogenhilfe vorstellen zu dürfen und möchte mich Ihnen zunächst vorstellen: Mein Name ist Manfred Rachut und ich arbeite seit Gründung des Fördervereins vor nunmehr fünf Jahren als ehrenamtlicher Geschäftsführer.

Die Gründung des Fördervereins in Darmstadt geht zurück auf eine private Initiative des Verlegers Max Bach und des Ex-Polizeipräsidenten Peter Bernet, die die soziale Not Drogenabhängiger nicht länger tatenlos mit ansehen wollten. Beim Aufbau des Kontaktladens scentral gewannen sie Sponsoren zur investiven Unterstützung.

Darauf basierend gründeten 1997 Magistratsmitglieder, Vertreter der Darmstädter Wirtschaft, Darmstädter Banken und der Polizeipräsident den Förderverein in seiner jetzigen Form.

Dem aktuellen Vorstand gehören an: Dr. Hans-Rolf Ropertz, Stadtkämmerer Gerd Grünewaldt, Landrat Alfred Jakoubek, Polizeipräsident Rudolf Kilb sowie die Bankdirektoren Jürgen Güde und Jürgen Süßmann.

Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und

- unterstützt Präventionsprojekte an Schulen oder anderen Einrichtungen in der Stadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg.
Hier ist besonders die Ausschreibung des Darmstädter Suchtpräventionspreises zu nennen, der dieses Jahr zum ersten Mal vergeben wurde. Auch die Auflage einer Multimedia-CD als Arbeitsmittel für Schulen geht mit auf sein Konto
- gewährt Hilfen zur sozialen Integration, beispielsweise durch Gewährung von Bewegungsgeldern (darunter versteht man geringe Geldmittel für Dinge des täglichen Bedarfs, wie sie für die Arbeit im Kontaktladen, in der Substitutionsambulanz und beim Streetwork dringend benötigt werden) oder durch finanzielle Anreize bei Beschäftigungsprojekten
- er will ganz allgemein die Lebensbedingungen von Suchtkranken und Suchtgefährdeten verbessern. Zuletzt sind durch Mittel des Fördervereins

Einrichtungsgegenstände im Wert von über 20.000 zum Betrieb von Notschlafplätzen im scentral beschafft worden.

Für diese Aufgaben sucht der Verein sowohl ideelle als auch materielle Unterstützung. Er sammelt Spenden und leitet sie ohne Abzug dorthin, wo die Hilfe unmittelbar den Menschen zugute kommt.

Meine Damen und Herren, es ist keine Selbstverständlichkeit, dass in Darmstadt Drogenabhängige oder -gefährdete Angebote für ein halbwegs menschliches Dasein vorfinden und Ihnen Integrationsmöglichkeiten angeboten werden können.

Engagierte professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben ihr Bestes, damit dies so bleibt und auch weitere Entwicklungen möglich sind. Davon profitieren Bürgerschaft und Wirtschaft gleichermaßen. Wer die Situation am Luisenplatz aufmerksam beobachtet hat, wird um die Einschätzung nicht herumkommen, dass sie sich deutlich entspannt hat. Das Zusammenwirken vieler Details zu einem Netzwerk macht meines Erachtens die Stärke der Präventionsarbeit in Darmstadt aus. Es ist ganz unbescheiden auch ein Verdienst des Fördervereins, hier einige Projekte angeschoben oder unterstützt zu haben.

Damit dies so bleibt, muss das Bestehende gesichert und künftige Entwicklungen ermöglicht werden. Der Vorstand möchte die Arbeit des Fördervereines künftig auf eine breitere Basis stellen und sucht dingend Mitglieder, denn er ist ein kleiner Verein mit knapp 20 Mitgliedern. Er wird deshalb seine Werbe-Aktivitäten in diesem Jahr intensivieren.

Sie werden mir verzeihen, wenn ich hier ganz unverblümt darum werbe und auch Spenden gerne entgegennehme.

Lassen Sie mich abschließend an dieser Stelle all denen danken, die in den vergangenen Jahren die Arbeit des Fördervereins bereits unterstützt haben und ihre Mitarbeit in den Dienst dieser sozialen Aufgabe gestellt haben.

Ich danke Ihnen im Namen des Vorstandes für Ihre Aufmerksamkeit.

KPRD

Kommunaler Präventionsrat Darmstadt

Perspektiven

Präsentation 10 Jahre

WER NICHT
VOM WEG
ABKOMMT
BLEIBT
AUF DER
STRECKE

ENGAGEMENT UM
6 VOR 12
IM NETZWERK PRÄVENTION

Grußwort
von Herrn Minister Dr. Wagner anlässlich des Treffens
der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates
am 24. Mai 2002 in Darmstadt

Anrede!

Ich freue mich, Sie heute auch im Namen der Hessischen Landesregierung zu dem jährlichen Treffen der örtlichen Präventionsgremien mit dem Landespräventionsrat begrüßen zu können.

Einleitung

Präventionsarbeit, insbesondere die kommunale Kriminalprävention und der Austausch von Informationen sowie die konstruktive Zusammenarbeit unterschiedlicher Gremien unter Einbeziehung der Bürger sind nicht nur außerordentlich wichtig und meines Erachtens zwingend notwendig, sondern auch erfolgreich. Ich habe ähnliche Worte schon bei meinem Grußwort anlässlich des Treffens der örtlichen Präventionsgremien am 15. April 1999 bei meinem ersten öffentlichen Auftritt als Staatsminister der Justiz gewählt und besuche diese Veranstaltung bereits zum vierten Mal in Folge. Diese Kontinuität ist weder zufällig noch rein symbolisch, sie entspricht vielmehr meiner tiefen Überzeugung, dass kriminalpolitische Probleme langfristig nur ressortübergreifend und die Bürger einbeziehend gelöst werden können. Die Tatsache, dass die Veranstaltung heute hervorragend besucht ist, dass die kriminalpräventiven Gremien in Hessen weiter zunehmen und ihre Projektarbeit verstärken, macht deutlich, dass viele politisch Verantwortliche und die hessischen Bürgerinnen und Bürger die Dinge ähnlich sehen.

Ich kann Ihnen zudem versichern, dass dieses Denken nicht an den hessischen Grenzen Halt macht. Meine Mitarbeit im Kuratorium des nunmehr gegründeten Deutschen Forums für Kriminalprävention zeigt mir, dass der zwischenzeitlich erreichte hohe Stand der bürgerorientiert und ressortübergreifend ausgerichteten Präventionsarbeit in Hessen im gesamten Bundesgebiet beispielgebend war und ist. Diese Wahrnehmung lässt sich nicht nur mit der Übernahme vieler hessischer Projekte im Bundesgebiet belegen – beispielhaft seien hier viele gewaltpräventive Schulprojekte und das Eigentumssicherungssystem „FEIN“ genannt -, sondern lässt sich auch statistisch belegen.

Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik lässt sich ablesen, dass entgegen der Entwicklung im Bund in Hessen der Trend eines Rückgangs der Straftaten und der Wiederholung der Rekorderklärungquote weiter anhält. Der Aufklärungsquote von wiederum 48,6 % - die höchste Quote, die es in Hessen jemals gegeben hat – steht ein Rückgang der Straftaten im vergangenen Jahr um 10.440 gegenüber; dies ist immerhin eine Abnahme von 2,5 %.

Erfreulich ist es allerdings, dass Straftaten, die das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße beeinträchtigen, von deutlichen Rückgängen gekennzeichnet sind. So verzeichnet die Statistik im Bereich des Wohnungseinbruchs einen Rückgang um 12,3 % und die gleichfalls gefürchteten Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen nahmen um 7,3 % ab.

Diese Entwicklung ist sicherlich das Ergebnis vieler Faktoren und zu allererst nur Ausdruck eines Zahlenverhältnisses. Und hierbei ist wohl auch zu berücksichtigen, dass der einfache Anstieg eines Deliktbereichs noch wenig über die Entwicklung der Kriminalität aussagt, weil etwa eine Sensibilisierung für Straftaten zu einer Erhöhung der Anzeigenquote führen kann, so dass die Statistik erst einmal steigende Zahlen zu verzeichnen hat. Aber ich denke es gibt Zeichen, dass in Hessen eine andere Entwicklung Platz greift. Ich will dies am Beispiel Frankfurt begründen. Diese Stadt im Herzen Hessens und Deutschlands wurde jahrzehntelang als Hauptstadt des Verbrechens gebranntmarkt. Dabei wurde wenig Rücksicht auf die Tatsache genommen, dass Frankfurt allein durch den internationalen Flughafen, aber auch als internationaler Wissenschaftsstandort und als Verkehrsknotenpunkt eine besondere Belastung ausweist. Gleichwohl hat Frankfurt in den letzten Jahren einen Rückgang in der Kriminalitätsbelastung und einen Anstieg der Aufklärungsquote erreicht. In diesem Jahr steht Frankfurt noch an dritter Stelle der Belastung. Was also ist in den letzten Jahren in Frankfurt passiert? Meines Erachtens lassen sich zwei Entwicklungen benennen, die ihren Teil zu dieser positiven Entwicklung beigetragen haben. Zum einen hat der Frankfurter Präventionsrat mit seiner Initiative „Gewalt – Sehen – Helfen“ über die letzten Jahre immer wieder die Bürger sensibilisiert, Mitbürger nicht allein zu lassen. Zum anderen haben ressortübergreifende Arbeitsgruppen sich dem Phänomen der Intensivstraftäter angenommen. Beide Initiativen haben Erfolg und so lässt sich meines Erachtens auch in einer größeren Stadt nachweisen, dass das ressortübergreifende Zusammenwirken und die Bürgerbeteiligung zwingende Voraussetzung für eine gelungene Kriminalprävention sind.

Anlass zufrieden zu sein oder gar mit den Anstrengungen nachzulassen, besteht aber keinesfalls. Es sind zwei sehr, sehr einschneidende Ereignisse, die in ihrer Konsequenz nur dazu führen können, unsere Anstrengungen für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben nochmals deutlich zu erhöhen.

Das heutige Treffen findet kaum mehr als acht Monate nach dem schlimmen Ereignis vom 11. September statt. Dieses Ereignis hat die Welt verändert und wird uns alle – nicht nur unsere amerikanischen Freunde – noch eine lange Zeit in Atem halten. Die Dimension dieser Terroranschläge lag weit außerhalb jeglicher Vorstellungskraft und hat zu einer weltweit neuen Bedrohungs- und Gefährdungslage geführt. Der Glaube an Sicherheit und Sicherheitssysteme wurde schwer erschüttert und hat einen deutlichen Dämpfer erhalten. Die internationalen Ermittlungen bringen in erschreckender Weise eine offensichtlich weltweite Vernetzung des – in diesem Fall islamistisch motivierten – Terrorismus zutage.

In enger Zusammenarbeit auch mit internationalen Sicherheitsbehörden sorgen Polizei und Justiz für den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vor Terroranschlägen. Aber auch wenn die Polizei das Menschenmögliche tut, kann es den absoluten Schutz nicht geben. Trotzdem leben die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land so sicher wie kaum sonst in Deutschland. Ich will Sie an dieser Stelle nicht mit einer Aufzählung unserer Aktivitäten im Bereich der Gesetzgebung und den organisatorischen Maßnahmen langweiligen und Sie werden sich gegebenenfalls auch fragen, was dies mit kommunaler Kriminalprävention zu tun hat, aber die Antwort ist leicht gegeben: Kommunale Kriminalprävention ist zentraler Bestandteil unserer Sicherheitsphilosophie. Die Terroranschläge als beherrschendes sicherheitspolitisches Thema der letzten Monate wirken bis auf die kommunale Ebene. Wenn sich Angst auf bestimmte Bevölkerungsgruppen focussiert, auf Menschen mit fremdländischen, jetzt besonders arabischem Aussehen, oder auf ganze Religionsgemeinschaften wie dem Islam, ist gerade die kommunale Kriminalprävention mit ihrem vernetzten Ansatz, dem Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte in besonderem Maße geeignet, die Sicherheit in den Städten und Gemeinden positiv zu beeinflussen. Gegenseitiges Verständnis und Rücksicht, Solidarität, ein Miteinander unterschiedlicher Kulturen und die Integration gilt es zu fördern, aber auch zu fordern, um Kriminalitätsursachen zu reduzieren und Verbrechensfurcht abzubauen. Es ist eine gewaltige Herausforderung und wir sind in besonderer Weise aufgerufen, uns dieser Herausforderung zu stellen. Aus diesem Grunde bin ich sehr froh, dass der ressortübergreifend erarbeitete Integrationsbericht der Hessischen Landesregierung nunmehr einen breiten Katalog von Integrationsmaßnahmen zusammengestellt hat, um die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger voranzutreiben. Auch an diesem Beispiel lässt sich wiederum erkennen, dass die erfolgreiche Struktur der Präventionsarbeit, das ressortübergreifende Zusammenwirken, überall genutzt wird.

Das zweite Ereignis, der Schrecken über die Tat von Erfurt, ist noch keine vier Wochen alt und es ist ein Schrecken, der mehr denn je zur Verfestigung der neu entstehenden Gemeinschaftsstrukturen in der Präventionsarbeit zwingt. Die Tat in Erfurt, wie die Ereignisse in Littleton und Freising, in Branneburg und Dunblane lassen sofort Fragen aufkommen, auf die es bislang keine Antworten gibt und es ist so, als sei man auf der Suche nach dem Sinn einer sinnlosen Tat. Auch wenn der Versuch von Antworten schon am Abend der Tat unternommen worden ist, bleibt vieles offen. Ausgangspunkt ist ein junger Mann, dem die Tat eigentlich niemand zugetraut hätte, ein durchschnittlicher Schüler und vielleicht eine vorangegangene Kränkung; vielleicht ein noch unbekanntes Familiendrama, vielleicht eine Neigung zu Feuerwaffen, vielleicht eine Beeinflussung durch Computerspiele und Medien; vielleicht auch eine Beziehungslosigkeit, die beinahe unsere modernen Beziehungen charakterisiert. Die Fragen danach zeigen fast die Fortsetzung der moralischen wie sozialen und psychischen Katastrophe und beinahe scheint sicher, dass weder eine der möglichen Erklärungen noch alle zusammen wirklich hinreichen werden, die Serie dieser Morde zu begründen. Und doch ist ein Ansatzpunkt erkennbar. Es scheint vor allem anderen wichtig zu sein, die Beziehungslosigkeit wo immer möglich zu durchbrechen und bei dieser Durchbrechung der Beziehungslosigkeit ist eine Rückbesinnung auf die grundlegenden Werte dieser Gesellschaft von großem Nutzen.

Dabei sind die ersten Schritte parteiübergreifend schon vorgezeichnet. Wenn sich Entsetzen in Kraft, Leiden in Erkenntnis und Schmerz in Liebe verwandeln, so das Zitat von Ministerpräsident Vogel, kann dies nur in gegenseitiger Zuwendung wahr werden und somit das gesellschaftliche Miteinander gestärkt werden (so Bundespräsident Rau).

Es ist ein Zufall, dass vor genau 53 Jahren das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft trat. Auch wenn die Terminwahl unseres heutigen Treffens nicht durch das Grundgesetz begründet wurde, kann ein Rückgriff auf die von uns allen anerkannte Verfassung sinnvoll sein. Ich weiß, dass eines der erfolgreichsten pädagogischen Projekte in Hessen genau diesen Ansatz verfolgt. Die Projekte der Psychologischen Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Caritasverbandes in Seligenstadt hat im Zusammenwirken mit dem Lyons Club inzwischen mehrere aufeinander aufbauende Module entwickelt, die vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule darauf abzielen, dass frühzeitig Werte und Normen vermittelt werden, die ein gewaltfreies Zusammenleben ermöglichen und sich dabei insbesondere auf die sich aus der Verfassung ergebenden Grundwerte der körperlichen Integrität und der Achtung der Persönlichkeit beziehen. Das wirklich Überzeugende daran ist, dass sich Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schüler über die entscheidenden Grundwerte unserer Gesellschaft verständigen, die Grundrechte der Verfassung ernst nehmen und über ein gemeinsames Konzept die Förderung des Sozialverhaltens der Kinder und Jugendlichen im Auge haben. Ein solches Konzept kann sicherlich nicht jede sinnlose Gewalttat verhindern. Es kann aber deutlich machen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und die körperliche Integrität des Einzelnen und die Achtung seiner Persönlichkeit in keinem System zur Disposition stehen. Es bleibt dabei: Es kann nicht hingenommen werden, dass in der Vergangenheit Normen, die unser Leben – auch unser Alltagsleben – eigentlich steuern sollten, brüchig geworden sind. Dieser Entwicklung muss von allen gesellschaftlichen Kräften entgegengewirkt werden, dies beginnt im Elternhaus, geht über Kindergarten und Schule bis hin zu den Kirchen, Vereinen und Verbänden.

Allen, die diesen Weg beschreiten, möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich danken und nochmals hervorheben, dass ohne die engagierte Mitarbeit vieler hessischer Bürgerinnen und Bürger und der Aufnahme des Präventionsgedankens durch die Behörden vor Ort die im ersten Teil meiner Rede beschriebenen positiven Entwicklungen nicht möglich gewesen wären und im Übrigen auch keine hinreichenden Antworten auf die beschriebenen bedrückenden Ereignisse gegeben werden können.

GRUSSWORT

Auch wenn in Darmstadt zurzeit vielleicht Maikäfer ein größeres Problem darstellen als Kriminalität, ist deshalb natürlich die Arbeit des kommunalen Präventionsrates nicht überflüssig geworden!

Zum zweiten Mal sind wir an diesem Ort, dessen Präventionsrat gerade zehn Jahre existiert und damit zu den ältesten des Landes zählt, zusammengekommen. Erst ein paar Monate später wird der Landespräventionsrat sein zehnjähriges Bestehen feiern können. Jedenfalls sind wir der Stadt Darmstadt für ihre erneute Gastfreundschaft dankbar, herzlich dankbar.

Den Worten des Herrn Justizministers, die Dr. Fünfsinn verlesen hat, habe ich nur wenig hinzuzufügen. Der Amoklauf eines 19-Jährigen Schülers in Erfurt hat in der ganzen Bundesrepublik wieder einmal für Tage und Wochen die Diskussion über männliche jugendliche Gewalt anschwellen lassen. Dabei wurden in großer Anzahl mehr oder weniger fragwürdige Ferndiagnosen gestellt: Eltern, Lehrer, Mitschüler und die Gesellschaft insgesamt wurden abwechselnd angeklagt. Heute, in einem größeren Abstand, fällt der Blick auf diese extreme Tat hoffentlich etwas überlegter aus. Unsere Schulen bestehen nicht aus einer Ansammlung gewaltbereiter junger Menschen, die jederzeit zu Schusswaffen greifen, um auf Lehrer oder Mitschüler loszugehen. Der Fall Steinhäuser ist – so schrecklich er war – ein Einzelfall, der individualpathologische Züge trägt. Eins lässt sich freilich auch an ihm exemplifizieren: Soziale Gruppen wie einzelne Personen, die isoliert werden oder sich selbst isoliert haben, werden leicht für sich und andere zu einer Gefahr. Sei es, dass sie zu Drogen greifen, in fanatischen Ideologien und Jugendgruppen eine neue Heimat suchen oder – wie der junge Mann in Erfurt – voller Verzweiflung wild um sich schlagen, um am Ende ihr eigenes Leben auszulöschen. Ein Aspekt, den so gut wie alle lokalen Präventionsräte immer wieder erkannt und hervorgehoben haben, wird auch durch dieses grauenhafte Ereignis bestätigt: Erzwungene wie freiwillige Ghettabildungen sind wenn irgend möglich zu verhindern und Außenseiter in die Gemeinschaft ihrer Mitmenschen zurückzuholen. Außenseitergruppen sind dabei leichter auszumachen: Spätaussiedler aus den GUS-Staaten, die durch unzugängliche Sprachkenntnisse und meist auch durch hier kaum nachgefragte berufliche Vorbildung schwer integrierbar sind, sind unübersehbar. Zu den Projekten, die im vergangenen Jahr mit einem Präventionspreis ausgezeichnet wurden, gehörte das Projekt „Integrationslotsen“, das einen wesentlichen Beitrag zur Eingliederung von Spätaussiedlern in die deutsche Gesellschaft geleistet hat. Ähnliche Aufgaben stellt die Eingliederung von hier lebenden Ausländern – vor allem von solchen aus besonders fremden Kulturkreisen – dar. Auch in diesen Fällen sollte Präventionsarbeit so früh wie möglich – etwa im Kindergarten – einsetzen.

Individuelle Fälle wie der des Erfurter Amokläufers entgehen leicht der Aufmerksamkeit von Präventionsräten. Hier sind zunächst einmal die Personen gefragt, die im unmittelbaren Umfeld Kontakt zu jenen Außenseitern haben. Präventionsräte können erst dann helfen, wenn sie – oder durch sie vermittelte Psychologen – um Rat gebeten werden.

In einem bestimmten Alter tendieren junge Menschen generell zum Rückzug aus ihrer bisherigen familiären und sonstigen Umwelt, um sich verstärkt um ihre Eigenart und ihre Probleme aufwerfende sexuelle Reifung zu kümmern. Von sich aus pflegen sie in dieser Lage nur selten Rat von anderen – jedenfalls nicht von „Autoritäten“ – zu suchen, sie entwickeln viel eher das Leben in einer abgesonderten Eigenwelt. Eltern, Lehrer, Freunde – und erst in einem Abstand Psychologen – können dann allenfalls auf gefährliche Entwicklungen in dieser Phase jugendlicher Reifung aufmerksam machen und helfen. Moderne Medien, angefangen vom Fernsehen bis hin zum Internet und Internet-Spielen, stellen keinen Ausweg aus gefährlich werdender Vereinsamung dar, sie können im Gegenteil dazu beitragen, sie durch die Eröffnung einer fiktiven Welt erträglich machen und zur Selbsttäuschung führen. Das gilt auch für die fiktive Medienwelt, die nicht obendrein zur fantasievollen Ausagierung eigener Gewaltbedürfnisse beiträgt.

Auch wenn Präventionsarbeit sich nicht um jeden Einzelfall bemühen kann, ist sie doch imstande, Heranwachsende in dem erwähnten Alter Hilfestellungen anzubieten. Insbesondere können Sportangebote gemeinschaftsfähige Verhaltensweisen – wie Fairness, friedlichen Wettstreit und das Hinnehmen von Niederlagen – einüben. Theoretisch könnte das auch in einem Schützenverein stattfinden, aber nur dann, wenn die Bindung der Mitglieder aneinander zu einer entsprechenden sozialetischen Formung beiträgt. Im Fall des Erfurter Amokläufers war das offensichtlich nicht der Fall. Besser als Sportarten, bei denen es um individuellen Wettstreit geht, eignen sich Mannschaftssportarten für den angegebenen Zweck. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einen ernst gemeinten Vorschlag machen: Könnten nicht einige der besonders gut verdienenden Spitzensportler gemeinsam einen Fonds zusammenbringen, der dazu benutzt werden könnte, junge Menschen – im Alter zwischen 15 und 25 - durch Sportangebote von der Straße und aus der Vereinsamung oder von der Bandenbildung wegzuholen? Vor einigen Jahren hat die Sportjugend Hessen mit dem Projekt „Auszeit“, das allerdings – wenn ich mich richtig erinnere – mehr als 200.000 DM gekostet hat, große Erfolge erzielt. Bereits straffällig gewordene oder aus anderen Gründen aus regulären Sportvereinen ausgeschlossene Jugendliche wurden mit Hilfe gut ausgebildeter Trainer „zurückgeholt“ und von einem gefährlich werdenden Weg abgebracht. Es wäre eine besonders schöne und sinnvolle Aufgabe, wenn gut verdienende Spitzensportler sich hier engagieren würden!

Lassen Sie mich damit abbrechen. Sie haben noch ein großes Programm vor sich. Im Anschluss an meine Rede wird der Darmstädter Kommunale Präventionsrat einen wichtigen Aspekt seiner Arbeit „mehrstimmig“ vortragen und nach der Mittagspause, während der an zahlreichen Ständen ein „Markt der Möglichkeiten“ besichtigt werden kann, tagen drei Arbeitskreise zu den Themen „Prävention und häusliche Gewalt“, „Prävention im Bereich der Jugendkriminalität“ und „Vernetzung und Struktur der Präventionsarbeit in Hessen“. Am Schluss werden dann die Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitskreisen im Plenum vorgestellt.

Ich wünsche Ihrer Arbeit guten Erfolg!

Bericht über die Arbeit der „AG häusliche Gewalt“ auf dem Landespräventionstag am 23.5.2002 in Darmstadt

1. Einführende Stichworte der Moderatorin:

Kurzinformation zur AG 202 „Häusliche Gewalt“ des Landespräventionsrates:

- Aufgabe: Formulierung von Empfehlungen für einen Hessischen Aktionsplan.
- Beteiligte: Ministerien (Sozial, Justiz, Innen), kommunale Spitzenverbände, Frauenbeauftragte, freie Träger, Liga der freien Wohlfahrt.
- Ziel: Effektive, landesweite Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt, d. h. von Frauen, die von ihren Partnern misshandelt werden und deren Kinder, sowie Maßnahmen durch die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Das bedeutet entsprechende polizeiliche und juristische Maßnahmen, ein ausreichendes ambulantes und stationäres Hilfenetz für die Opfer (Beratung und Frauenhäuser), freiwillige und verpflichtende ambulante Anlaufstellen für gewalttätige Männer und eine lokale bzw. regionale Koordination aller Maßnahmen in Form von „Runden Tischen“ und Interventionsprojekten unter dem Dach eines Landesnetzwerkes.

Derzeit geführte aktuelle Debatten rund um den Aktionsplan der Bundesregierung:

- „Wer schlägt geht“ als polizeiliche und rechtliche Handlungsgrundlage („Platzverweis“), d. h. neben ausreichendem Opferschutz (als alte Stoßrichtung) geht der Blick auf die Verantwortung der Täter (als neue Stoßrichtung).
- Optimierung der Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten und Vorhalten beider Angebotsformen aufgrund der Vielfältigkeit der Notlagen von Frauen und ihren Kindern.
- Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder, Verbesserung der Kooperation zwischen freien Trägern und Jugendamt unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen gemeinsamer elterlicher Sorge bei häuslicher Gewalt („betreutes Umgangsrecht“).
- Kooperation zwischen Hilfesystem und Polizei.

Anvisierte Aufgaben:

- Beobachtung der Implementierung des Gewaltschutzgesetzes und Auswertung erster Erfahrungen.
- Suche nach regionalen „best practice“ Modellen in Hessen, die empfohlen werden können.
- Ausweitung des Blicks auf das Gesundheitssystem (Ärzte, Krankenhäuser) und auf Erziehungsberatungsstellen.

II. Kurze Zusammenfassung und Diskussion:

1. Gewaltschutzgesetz und Polizeirecht:

Zu diesem für Nichtjurist/Innen schwierigen Thema gab es einen hohen Informationsbedarf, der in der Kürze der Zeit nicht annähernd befriedigt werden konnte (obwohl er die meiste Zeit einnahm) und der deutlich machte, wie nötig eine gute Informations- und Aufklärungspolitik von Landesseite für die lokalen Präventionsräte ist. Inhaltlich angemerkt wurden die Notwendigkeit eines intensiven Fortbildungsprogramms für die Polizei, die Sorge der Ordnungsämter vor Überlastung, die fehlende Konkretheit der Wegweisung (keine Zeitangaben), die Notwendigkeit guter Information für die Opfer.

2. Umsetzung des Aktionsplanes / Gewaltschutzgesetzes auf lokaler Ebene:

Der Wunsch nach landesweiten Informationen und nach Infomaterialien war ebenso groß, wie der nach finanzieller Unterstützung von Koordinationsstellen.

3. Täterarbeit:

Derzeit gibt es keine geregelte Verantwortlichkeit auf Landesebene, was sehr bemängelt wurde, da in Hessen zu wenig Anlaufstellen existieren und kein landesweiter Zusammenschluss freier Träger mehr vorhanden ist. Es wurde vorgeschlagen, die Spitzenverbände anzufragen.

Gesprächskreis 2: der AG 2 – Jugendkriminalität

Themenschwerpunkt der Arbeitsgruppe war PiT – Prävention im Team, ein Programm, dass sich an 6. bis 8. Klassen aller Schulformen wendet. PiT wurde in Schleswig-Holstein entwickelt und wird seit ca. zwei Jahren in modifizierter Form auch in Rheinland-Pfalz eingesetzt. Nun soll geprüft werden, ob das Programm auch für Hessen geeignet sein könnte. Eine Projektgruppe der AG Jugendkriminalität des Landespräventionsrates soll diese Prüfung vornehmen.

Folgende Rahmenbedingungen sollten für die Schule gelten:

- mehr Raum für soziales Lernen
- größere Sensibilität im Umgang mit Personen anderer Institutionen (z. B. Kindergarten)
- Netzwerke müssen gebildet werden
- ein Lehrer pro Schule sollte als Ansprechpartner für das Thema Gewalt zur Verfügung stehen
- neue Kommunikationsstrukturen müssen geschaffen werden (z. B. „Runde Tische“ zu spezifischen Problemlagen)
- Systemische Umsetzung von Gewaltprojekten (Verantwortlichkeiten bilden)

PiT verkörpert eine interdisziplinäre Vernetzungsstruktur. PiT ist ein themenzentriertes Präventionsangebot, es soll fächerübergreifend eingesetzt werden. Gewalt steht im Mittelpunkt. Praktische Trainings wie z. B. „cool sein – cool bleiben“ sollen integriert werden. Lehrer, Polizisten und Sozialpädagogen werden eingesetzt. Alle Professionen bleiben in ihrer Rolle (wichtig für die Authentizität).

Ziele von PiT sind:

- Stärkung des Normbewusstseins
- Stärkung sozialer Kompetenzen
- Ausbau des Selbstwertgefühls
- Erlernen konstruktiver Konfliktlösungen
- Verbesserung des sozialen Klimas
- Sensibilisierung gegenüber Problemen der Mitschüler/innen

In Rheinland-Pfalz müssen sich Schulen um die Teilnahme an einem solchen Projekt bewerben.

In der sich anschließenden Diskussion wurde noch einmal die Notwendigkeit der Verbesserung des sozialen Klimas an Schulen herausgestellt. Diese sei auch Grundlage für erfolgreiches Lernen. Dem Einwand einzelner Diskussionsbeiträge, die Eltern müssten stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden, wurde mit dem Argument begegnet, dass die Probleme dort gelöst werden müssten, wo sie entstehen, nämlich in der Schule.

Unabhängig davon sprachen sich alle für eine stärkere Kooperation zwischen Eltern und Schule aus. Auch müsse Gewaltprävention noch früher als in der Schule ansetzen. Bereits im Kindergarten gäbe es Vorfälle, wo Konflikte mit körperlicher Gewalt gelöst würden. Die Erzieherinnen müssten lernen, hieraus adäquat zu reagieren.

Dirk Friedrichs

Ergebnisprotokoll des Gesprächskreises 3 „Vernetzung und Struktur der Präventionsarbeit in Hessen“

1. Der Landesgeschäftsführer informierte die Gesprächsteilnehmer über die Mitarbeit des Landespräventionsrates im Deutschen Forum für Kriminalprävention in den Gremien Kuratorium, Stifterrat und die geplante Beteiligung im Beirat. Zudem sei die Präventionsdatenbank „PräVI S“ für Hessen gekauft worden, mit deren Aufbau im Sommer begonnen werden wird. PräVI S ist eine von Niedersachsen entwickelte Datenbank, die inzwischen von einigen Bundesländern und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes erworben worden ist und langfristig einen bundesweiten Überblick über Präventionsgremien und Projekte geben soll.

2. Die Teilnehmer des Gesprächskreises waren sich darüber einig, dass
 - der Landespräventionsrat weiter seine Aufgabe als Koordinierungsstelle aufrecht erhalten und ausbauen sollte und insbesondere die kommunale Präventionsarbeit zu unterstützen habe;
 - der Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen fortzusetzen und dabei auch ein Erfahrungsaustausch mit den Partnerregionen in Europa anzustreben sei;
 - der Aufbau einer bundesweiten Präventionsdatenbank zu unterstützen sei und dabei auch auf die Tätigkeit des Deutschen Forums für Kriminalprävention - Internetadresse: www.kriminalpraevention.de - zurückgegriffen werden sollte;
 - beim weiteren Aufbau einer bundesweiten Präventionsdatenbank auf eine einfache Nutzung über einheitliche Suchbegriffe hingewirkt werden sollte, die insbesondere einen schnellen Zugriff auf Projekte zu ermöglichen hat;
 - bei der weiteren Präventionsarbeit auch auf die Erfahrungen schon bestehender Netzwerke - etwa im Bereich der Suchtprävention oder der medizinischen Prävention (Internetadresse für Hessen: www.laekh.de) - zurückgegriffen werden sollte;
 - auch zu überlegen sei, das ehrenamtliche Engagement in der Präventionsarbeit mit der Landesehrenamtsagentur zu verknüpfen.

3. Den Anwesenden wurde versprochen, eine Liste aller örtlichen Gremien zu versenden und dem Schreiben auch ein Eintragungsblatt für die neue Datenbank beizufügen.

Dr. Helmut Fünfsinn
Geschäftsführer des Landespräventionsrates



Presseinformation

76/2002

23. Mai 2002

Justizminister Dr. Christean Wagner: „Kommunale Kriminalprävention hilft, der Verunsicherung der Bevölkerung durch die Ereignisse von Erfurt und des 11. September entgegenzuwirken“

Wiesbaden. - Der hessische Justizminister Dr. Christean Wagner betonte heute aus Anlass des jährlichen Treffens der örtlichen Präventionsgremien mit dem Landespräventionsrat in Darmstadt den hohen Wert ehrenamtlichen Engagements in der Kriminalprävention. Wagner dankte allen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr ehrenamtliches Engagement die Kriminalprävention voranbringen und hob insbesondere die Leistungen des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt, der sein zehnjähriges Bestehen feiern könne, hervor. Kriminalprävention diene nicht nur der Vorbeugung vor der Begehung von Straftaten, sondern auch dazu, den Bürgerinnen und Bürgern ein der objektiven Sicherheitslage in ihrer unmittelbaren Umgebung entsprechendes Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Dies gelte gerade auch angesichts des schrecklichen Gewaltverbrechens von Erfurt und des menschenverachtenden Terroranschlages vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York.

Das Gewaltverbrechen von Erfurt gebe Anlass, die gewaltpräventiven Projekte, wegen deren Hessen bundesweit Beachtung und Anerkennung genieße, fortzusetzen und zu intensivieren. Dabei gelte es, den Wertekanon des Grundgesetzes zu vermitteln. Es müsse einen gesellschaftlichen Grundkonsens über den gewaltfreien Umgang miteinander und die Achtung der Rechte des Einzelnen geben. Dies gelte insbesondere in Kindergärten und Schulen sowie zwischen Schülern, Erziehern, Lehrern und Eltern. Wagner erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass heute vor 53 Jahren das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten sei. „Der Jahrestag des Grundgesetzes ist besonders geeignet, sich dieser Werte zu erinnern und sie mit Leben zu füllen“, sagte der Minister.

Nur eine kleine Minderheit der bei uns lebenden Ausländer sympathisiere mit den islamistischen Terroristen, sagte Wagner. Die Mehrheit der Ausländer sei friedliebend und rechtstreu. Nach dem 11. September gelte es daher, in den Integrationsbemühungen nicht nachzulassen, sondern diese auszubauen und zu verstärken. Der zunehmenden Angst vor Fremden, die einem gedeihlichen Zusammenleben entgegenstehe, könne dadurch vorgebeugt werden. Gerade die kommunale Kriminalprävention mit ihrem vernetzten Ansatz sei geeignet, gegenseitiges Verständnis, Rücksicht, Solidarität und Integration zu fördern.

